

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder.

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 27. Mai 1907

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Jettin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Unser Patriotismus. I. — Gegen die Mißstände in der Zigarrenhausindustrie. Von Gustav Hoch. — Die Mitarbeit der Frauen in der Armen- und Waisenspflege Hamburgs. Von Emil Fischer. — Die weibliche Arbeitskraft in der Eisen- und Metallindustrie I. Von W. D. — Erziehungsanstalten, nicht Gefängnisse! — Umsturz und Revolution. III. (Schluß). Von J. B. — Wahltag in Österreich. Von Adelheid Popp. — Das Ende der Aussperrung in der Holzindustrie. Von Ernst Deinhardt. — Vom Textilarbeiterelend. Von B. Kähler. — Die Tätigkeit der Frauen in den Konsumvereinen. Aus der Bewegung: Stellungnahme der Genossinnen zum internationalen Sozialistenkongress zu Stuttgart. — Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen Königbergs i. Pr. — Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerbshafliche Rundschau. — Wie der christliche Gewerksverein der Heimarbeiterinnen „kämpft“. Von ek.  
Notizenteil: Diensthofenfrage. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Fürsorgeerziehung in einem Kulturstaat.  
Feuilleton: Kegerblut. Von R. G. Conrad. (Gedicht). — Note Opera. Historisches Gemälde aus dem Bauernkrieg. Von Robert Schweidtel. (Fortsetzung.)

## Unser Patriotismus.

### I.

Sozialdemokratie und Patriotismus, das ist das Ratspiel, an dem sich die bürgerliche Welt in letzter Zeit ebenso müßig als sinnlos ergötzt. Alles Gerede und Vermuten darüber, ob die Sozialdemokratie bei ihrer vielgeschmähten „Vaterlandslosigkeit“ verharre oder sich allmählich zu einem salourespektablen Patriotismus „durchzumauern“ beginne, beleuchtet scharf, daß ein Ozean von Gegensätzen zwischen dem bürgerlichen und dem proletarischen Empfinden und Denken, Wollen und Handeln flutet. Deutlichst läßt es die „beiden Nationen“ in Erscheinung treten, die nach dem englischen Staatsmann und Schriftsteller Disraeli jedes moderne Land umschließt und die sich so fremd geworden sind, daß sie einander nicht mehr verstehen. National und international, patriotisch und vaterlandslos: das sind Worte, die für das kämpfende Proletariat Träger ganz anderer Begriffe und Ränder ganz anderer Willensimpulse sind, als für die satte und reaktionäre Bourgeoisie. Und keineswegs sind es „blutleere, verknöcherte Dogmen und Prinzipien“, welche unsere Stellung zum bürgerlichen kurzschichtigen Patriotismus bestimmen, sondern die lebendige geschichtliche Wirklichkeit ist maßgebend dafür, deren geistiges Spiegelbild unsere Grundsätze sind. Diese Stellung kann daher auch nicht durch das Reden oder Meinen einzelner Persönlichkeiten umgeblasen oder auch nur erschüttert werden, denn sie wurzelt im festen Mutterboden der proletarischen Klassenlage und der proletarischen Klasseninteressen.

Auf den Vorwurf, die Sozialdemokratie wolle „das Vaterland, die Nationalität abschaffen“, kann das Klassenbewußte Proletariat noch heute, ja heute mit mehr Recht als jeherzeit, mit den stolzen Sätzen des „Kommunistischen Manifests“ antworten: „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat sich zunächst die politische Herrschaft erobert, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.“ Mit sicherer Knappheit sprechen diese Sätze aus, daß das Proletariat weder patriotisch noch vaterlandslos nach der bürgerlichen Auffassung sein kann, weisen sie sowohl auf die negative wie auf die positive Aufgabe der Sozialdemokratie in puncto Patriotismus hin. Die unerbittliche, schonungslose Kritik an dem hochzinsenden Bourgeoisipatriotismus ist die eine, der unablässige Kampf, um den Staat der Ausbeutenden zu einem wahren Vaterland für die Ausbeuteten zu erheben, das ist die andere. Das Proletariat muß sich sein Vaterland erst erobern. Nicht im Kampfe gegen eine fremde Nationalität oder Nation, die seine „heiligsten Güter“ bedrängt, sondern im Kampfe gegen die be-

sitzenden, ausbeutenden und herrschenden Klassen, die ihm rauben, was das Geburtsland zum Vaterland macht.

Wie denn liegen die Dinge für jeden, der nicht Betrogener oder Betrüger sein will? Die Stammes- und Nationalitätsgemeinschaft ist in den modernen Gesellschaftsorganismen keine Kraft, welche die Klassenunterschiede aufhebt oder auch nur ihrer wachsenden Verschärfung entgegenwirkt, um Arme und Reiche, Ausgebeutete und Ausbeuter, Knechte und Herren als „ein einzig Volk von Brüdern“ zusammenzuschweißen. Die Klassensecheidung erweist sich mächtiger als sie. Das geschichtliche Verhältnis, in dem Ausbeuter und Ausgebeutete zueinander stehen, zerreißt wie andere „natürlichen“ Bande unbarmherzig auch die zwischen den Volksgenossen und läßt kein anderes Band zwischen ihnen übrig, „als das nackte Interesse, als die gefühllose bare Zahlung“. Dank der herrschenden bürgerlichen Ordnung stehen die besitzenden Klassen den werktätigen Massen in der Machtposition von Eroberern, Herrschern, Unterdrückern gegenüber. Und wahrlich: keine Stammesgemeinschaft, kein Nationalitätsprinzip hindert sie daran, diese ihre Macht zu brauchen und zu mißbrauchen.

Fremdenherrschaft kann die Werkstätigen nicht gründlicher schröpfen und plündern, als dies tagaus tagein die ausbeutenden Klassen besorgen, die am Marke des Volkes zehren. In Hunderttausenden ärmlicher Hof- und Dachwohnungen und dumpfster Hütten sind die Wände kahl, die Schränke leer. Warum? Etwa weil Feinde von Ost oder West raubend ins Land gefallen sind? Mit nichten, weil ihre Bewohner von den reichen Früchten ihrer mühevollen Arbeit in Gestalt des Lohnes nicht genügend bekommen, um sich ein behagliches Heim und Wohlstand schaffen zu können. Mitten im Frieden, auf ganz legitime Weise, rechtlich unanfechtbar, vom Gesetz geheiligt und geschützt, geht die Ausplünderung vor sich. Wie viele sind der Familien, in denen das ausbeutende Kapital rücksichtslos wie der brutalste Kriegsmann den Herd in Trümmer schlägt und Weib und Kinder zartesten Alters als Lohnsklaven an seinen Triumphzug fesselt, seiner Profitgier dienstbar macht. Unbeschwert durch patriotische Bedenken verurteilt der steinreiche Unternehmer Arbeiter und Arbeiterinnen durch Lohnkürzungen und kapitalistische Ausbeutungskünste zum Entbehren und Darben. Seelenruhig wirft er die teuren Volksgenossen aufs Pflaster, um sie durch billigere Fremdlinge aus aller Herren Länder zu ersetzen. Mittels der Hungerpeitsche der Schwarzen Listen treibt er Mann und Frau aus der Heimat und hegt sie gleich Nomaden von Ort zu Ort. Zum Niederreiten „meuternder“ Lohnsklaven ruft er immer öfter ausländische Streifbrecher ins Land, die ihm um so willkommener und wertvoller sind, je tiefer sie noch in der Unkultur stecken.

Der fremde Eroberer kann nicht fühlloser, gewissenloser die Zeit, die Gesundheit, das Leben selbst der Unterjochten einfordern, als das die ausbeutenden Klassen tun. Diese legen Beschlag auf die Stunden, die der Erholung, der Bildung, dem Familienleben, dem freundschaftlichen Verkehr der Frondenden dienen sollten; um ihres Profits willen brechen sie ihnen sogar von der Zeit ab, die für Essen und Schlaf notwendig ist. Durch Überarbeit, ungesunde Arbeitsbedingungen und elende Entlohnung bringen sie die Jugend der Werkstätigen vor der Zeit zum Altern, kürzen sie ihre Lebensdauer um Jahrzehnte. Ihrer Profitgier fallen alljährlich auf dem Schlachtfeld der Industrie weit größere Scharen zum Opfer, als die blutigsten Kriege sie heischen, von den Ungezählten, Zahllosen zu schweigen, welche ein Berufsleiden, welche die Proletariatskrankheit dahinträgt, welche in den Jammerhöhlen der Heimarbeit leiblich und geistig verkrüppeln. Die besitzenden Klassen kennen nur einen Maßstab für ihr Verhältnis zu den nichtbesitzenden Massen: den Profit. Wie alles Geheiß der Natur, der Sittlichkeit, der Religion, so stampfen sie um des Profits willen auch alle Gebote des Patriotismus unter die Füße. Sie kennen bei Ausbeutungsgeschäften keine Volksgenossen, sondern nur Hände, Nummern, Arbeitskräfte, aus denen es den höchstmöglichen Gewinn herauszuwirtschaften gilt, und zwar mit den geringsten Unkosten und um jeden Preis.

Welcher Anteil fällt in der Folge den Arbeitern und Arbeiterinnen vom Nationalvermögen zu, mit dessen Milliarden bürgerliche Gelehrte und Politiker blendendes Gaukelspiel treiben, und das ohne die werkschaffende Arbeit der Massen nicht wäre? Zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben, auch wenn man für viele Hunderttausende an das zum Leben Notwendige nicht einmal den Maßstab einer kulturwürdigen Existenz anlegt. Das ist die Antwort, welche die Einkommenstatistik aller kapitalistischen Länder gibt, welche die Ziffern der deutschen Berufsgenossenschaften über das durchschnittliche Jahreseinkommen der Arbeiter schreiben, welche uns aus anderen unanfechtbaren Dokumenten entgegenrinst. Das wissen die Proletarier auch ohne statistische Nachweise, denn sie empfinden es täglich, stündlich am eigenen Leibe.

Die harten Tatsachen aber, die dem Wirtschaftsleben der Nation das Gepräge ausdrücken: der Interessengegensatz zwischen den ausbeutenden und den ausgebeuteten Klassen, die Herrschaft der einen über die anderen, werden vom nationalen Staatsleben widerspiegelt, befestigt und vollendet. Nicht als Schemen eines abstrakten Begriffs, sondern als konkrete Wirklichkeit gefaßt, was ist das Vaterland anders als der moderne bürgerliche Nationalstaat, in dem die besitzenden Klassen wenn auch nicht immer regieren, so doch stets herrschen. Der vornehmste Zweck dieses Staates ist daher die Wahrung und Verteidigung der Interessen eben der besitzenden Klassen und damit die Sicherstellung und Bereinigung ihrer Ausbeutungs- und Herrschaftsmacht über die ungeheure Mehrzahl der Volks- und Staatsgenossen. Begrifflich bedeutet das Vaterland für die besitzenden Klassen den ideologischen Deckmantel, der ihre volksfeindliche Interessenswirtschaft verummumt, den ideologischen Augenblinder, der die Massen über diese täuschen soll. Sachlich ist es für sie die politisch abgegrenzte und gesicherte nationale Machtsphäre ihrer Ausbeutung und Herrschaft. Sie identifizieren das Vaterland mit sich und ihren Interessen. Im Namen des Vaterlandes sprechen sie, zu Nutz und Frommen ihrer eigenen Interessen handeln sie, unbekümmert um das Wohl und Wehe der Millionen, die ihnen unterworfen sind. Sie entwürdigen das Vaterland zur milchenden Kuh, die sie mit Butter versorgt, und zum hütenden Drachen, der ihre zusammengeraubten Schätze bewacht.

Das bezeugen Zustände und Gesetze, Machtapparate und Herrschaftsmittel des Vaterlands. In seinen wichtigsten Wesenszügen und Lebensäußerungen bekundet sich der bürgerliche Nationalstaat als das Vaterland der Besitzenden. Dieses Vaterland schant den Lieferanten für den Meer- und Marinebedarf Riesenaufträge und sette Profite zu, es läßt sich dabei von den „Ehrenmännern“ Krupp, Toppelskirch und Kompanie patriotisch übers Ohr hauen, denn nur die steuernden und zinsenden Massen sind es ja, die dafür zahlen müssen. Es verteuert den Werkstätigen in Stadt und Land durch indirekte Steuern und ganz besonders durch eine räuberische Zollpolitik den nötigsten Lebensbedarf, denn es muß den Geldsack der Besitzenden respektieren und ihn noch mehr füllen helfen. Es läßt seine Gesetzesparagrafen, seine Büttel und Juristen gegen die Werkstätigen los, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung auflehnen. Es macht sie durch Ausnahmegesetze innerhalb seiner Grenzen zu Rechtlosen, zu Heimatlosen. Es droht, sie als „inneren Feind“ niederlatätschen zu lassen von Söhnen, die auf Vater und Mutter schießen sollen.

Kurz, solange die Klassenherrschaft der Besitzenden die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen aufrecht erhält, so lange bleibt auch das Vaterland das Kanaan, wo Milch und Honig fließt für die Besitzenden allein, für die Besitzlosen dagegen ein Tal Josaphat, ein Tal des Jammers und der Tränen. Das Patrimonium, das Vatererbe, das die Wurzel des Patriotismus ist, behält es denen vor, die im Besitz und in der Macht sind; die Habenichtse sind seine Stiefkinder, sind die Enterbten, die vom reichen materiellen und kulturellen Gut nicht mehr erlangen, als sie sich selbst zu erlumpfen vermögen. Wo ist das Unrecht der

Ausgebeuteten auf dem Heimatboden? Es ist für viele zum Mietkontrakt des Laubenkolonisten zusammengeschrumpft, für noch mehr zur Anwartschaft auf das Grab im Armenfriedhof. Wo hat das Vaterland ihnen an der Tafel geistiger Kultur gedeckt? Fragt die Männer und Frauen danach, welche Zöglinge der Volks- und Armenthulen gewesen sind, und die nicht einmal ihre Muttersprache korrekt zu sprechen und noch weniger korrekt zu schreiben verstehen.

Gewiß: der Anteil der breiten Massen an dem materiellen und kulturellen Erbe des Vaterlands ist im Wachsen begriffen. Das aber nicht dank muntertätiger Geheimkraft des Vaterlandes selbst, geschweige denn der Erkenntnis patriotischer Pflicht der Klassen, die das Vaterland besitzen und ausbeuten. Des Proletariats fortschreitende Reife und Macht ist es, was das Vaterland zwingt, die Hand zu öffnen. Mit dem Speere des Klassenkampfes empfangen die Ausgebeuteten seine Gaben. Und dem proletarischen Klassenkampf bleibt es vorbehalten, das Vaterland und seine Kultur aus dem Monopol einer kleinen Minderheit in die Heimat und den Besitz aller zu verwandeln. Denn auch den „vaterlandslosen Gesellen“ ist ihre Nationalität wert und ihr Vaterland teuer. Aber dank der aufgezeigten Verhältnisse muß ihr Patriotismus wesensverschieden von dem der besitzenden Klassen sein. Der Patriotismus der Bourgeoisie und Aristokratie ist reaktionär, sein Ziel ist, das Vaterland als ihre Ausbeutungs- und Herrschaftsdomäne zu erhalten und damit all die Übel, all die Schmach, die dieser Ausbeutung und Herrschaft Erteil sind. Der Patriotismus des Proletariats ist dagegen revolutionär. Er will nicht erhalten, er muß umwälzen. Seine Aufgabe ist es, die schädigenden und schändenden Bande der Klassenherrschaft zu sprengen, deren Gefangener das Vaterland ist. Jenseits der zerschmetterten bürgerlichen Ordnung winkt dem Proletariat das freie Vaterland.

## Gegen die Mißstände in der Zigarrenhausindustrie.

Für die Zigarrenindustrie sind bereits vor 19 Jahren die ersten Spezialvorschriften erlassen worden. Sie beziehen sich auf diejenigen Betriebsstätten der Zigarrenindustrie, die als Fabriken gelten, oder diesen in Hinsicht auf den geschäftlichen Arbeiterschutz gleich gestellt sind. Später wurden auch noch weitere Betriebe der Zigarrenindustrie gewissen Arbeiterschutzvorschriften unterstellt. Jedoch sind bis auf den heutigen Tag von der Gesetzgebung noch in keiner Weise die Arbeiterverhältnisse gerade in dem Teile der Zigarrenindustrie geregelt worden, in dem die schlimmsten Mißstände herrschen, nämlich die Arbeiterverhältnisse in der Zigarrenhausindustrie, soweit in derselben Personen, die nicht zu der Familie des Hausarbeiters gehören, nicht beschäftigt werden. Und doch ist von den beteiligten Arbeitern schon längst ein tatkräftiges Eingreifen der Arbeiterschutzgesetzgebung gefordert worden.

Jetzt endlich soll das Versäumte nachgeholt werden durch ein „Gesetz betreffend die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit“, dessen Entwurf die verbündeten Regierungen dem Reichstage kürzlich zugestellt haben. Eine wichtige Vorarbeit zu diesem Entwurf hatte die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages mit ihrem Antrage auf Regelung der Hausarbeit geleistet. Dieser Antrag verlangt, wie wir seinerzeit berichtet haben, unter anderem: es sollen die Räume, in denen Hausarbeiter mit der Herstellung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind, so eingerichtet und unterhalten werden, daß die Hausarbeiter gegen die Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Dann heißt es aber in dem Entwurf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion weiter: Die gewerbliche Herstellung oder Bearbeitung von Nahrungs- und Genussmitteln durch Hausgewerbetreibende oder durch Heimarbeiter ist untersagt. Ferner kann durch Beschluß des Bundesrats die Herstellung oder Bearbeitung von Waren durch Hausgewerbetreibende oder durch Heimarbeiter verboten werden, wenn durch diese Herstellung das Leben oder die Gesundheit der bei derselben beschäftigten Personen gefährdet wird, oder wenn durch die hergestellten oder bearbeiteten Waren eine Gefährdung des Lebens oder der Gesundheit der Konsumenten eintreten kann. Alle diese besonderen Umstände, welche nach dem Antrage der Sozialdemokraten das Verbot der Hausarbeit zur Folge haben sollen, liegen bei der Zigarrenhausarbeit vor. Trotzdem sieht der Regierungsentwurf von dem Verbot der Zigarrenhausarbeit ab und begnügt sich mit einigen Vorschriften über die Lage und die Einrichtung der Arbeitsräume sowie über die Beschäftigung von Kindern und jungen Leuten.

Wie dringend notwendig aber in der Tat das Verbot der Zigarrenhausarbeit ist, zeigt sich ganz besonders in bezug auf die Gefahren aus der Arbeit solcher Personen, die mit ansteckenden oder ekelregenden Krankheiten behaftet sind. Der Vorschlag, daß solche Personen bei der Herstellung von Zigarren in der Hausindustrie nicht verwendet werden dürfen, ist von der Mindener Handelskammer deshalb bekämpft worden, weil ein solches Verbot auch für die Zigarrenfabriken nicht gelte. Darauf hat das Reichsgesundheitsamt eingehend geantwortet in einem Gutachten, daß der Begründung des Entwurfes beigefügt ist. Über die

Nachteile der Verwendung von derartigen Kranken in Zigarrenbetrieben, so führt das Gesundheitsamt aus, haben sich Fachmänner wiederholt geäußert. Gerade die Möglichkeit, daß die Tuberkulose von einem Fabrikarbeiter zu dem ihm nächststehenden übertragen werden könne, habe mit Recht Anlaß gegeben, den gemeinschaftlichen Betrieben überhaupt die größeren Ansteckungsgefahren zuzuschreiben. Offensichtlich, entstellende Krankheiten, wie beispielsweise Gesichtslupus und Krebsleiden würden aber in der Regel die Betriebsleiter von der Aufnahme damit behafteter Personen in ihre Fabriken abhalten. In der Zigarrenhausindustrie dagegen, wo die Arbeitgeber und meist selbst die Zwischenmeister ihre Hausarbeiter oder deren Angehörige nur teilweise kennen, gehört es nach der Auffassung des Kaiserlichen Gesundheitsamtes gewiß nicht zu den Seltenheiten, daß Krebs-, Lupuskranker und andere allwöchentlich ein bis zwei Tausend Zigarren anfertigen. Die daraus entstehenden Nachteile treffen in erster Linie die Konsumenten dieses Genussmittels in gleicher oder ähnlicher Weise wie in jedem anderen Gewerbe der Nahrungs- und Genussmittelerzeugung, wie beispielsweise in den Bäckereien, in zweiter Linie aber auch die Zigarrenarbeiter selbst. Die Übertragungen ansteckender Krankheiten werden überdies um so häufiger und intensiver, je enger das Zusammenleben und je länger die tägliche, mit den Kranken gemeinsam verbrachte Zeit ist. So das Reichsgesundheitsamt.

Um so auffällender ist es, daß der Regierungsentwurf das Verbot nicht enthält, für das sich das Reichsgesundheitsamt so entschieden ausgesprochen hat. In der Begründung des Entwurfes wird dazu ausgeführt: Der Begriff der ansteckenden Krankheiten sei ein so weitgehender, daß der Erlass eines Verbots in dieser Allgemeinheit von vornherein unmöglich scheine. Es würden zum Beispiel wegen ungefährlicher katarrhalischer Erkrankungen zahlreiche Arbeiter zeitweise der Arbeit fernbleiben müssen. Auch komme in Betracht, daß gerade unter den Zigarrenarbeitern leichte Tuberkuloseerkrankungen häufig seien.

Diese Gründe beweisen aber nur, daß der Weg nicht betreten werden kann, auf dem das Gesundheitsamt zur Beseitigung des gerügten Mißstandes gelangen wollte. Daß aber der Mißstand in der Tat ein sehr schwerer ist und beseitigt werden muß, ist durch den Hinweis in der Begründung auf die große Zahl der tuberkulösen Zigarrenarbeiter in der Hausindustrie noch ganz besonders unterstrichen worden. Wenn es nun nicht möglich ist, den vom Gesundheitsamt gerügten Mißstand innerhalb der Hausindustrie zu bekämpfen, dann muß um so schneller ein Ende mit der Zigarrenhausarbeit gemacht werden. Dabei kann freilich mit der größten Schonung derjenigen Arbeiter vorgegangen werden, die bisher in der Zigarrenhausarbeit beschäftigt waren und in den Zigarrenfabriken keine Unterkunft finden. Ihnen kann die weitere Tätigkeit in der Zigarrenhausindustrie durch Übergangsbestimmungen ermöglicht werden. Dagegen müßte es unter allen Umständen verhindert werden, daß noch andere Arbeiter in der Zigarrenhausindustrie beschäftigt werden.

Ein zweiter Hauptfehler des Regierungsentwurfes — selbst für diejenigen, welche vorläufig von dem Verbot der Zigarrenhausarbeit absehen wollen — liegt darin, daß die vorgeschlagenen Beschränkungen der Arbeitszeit hinter dem zurückbleiben, was für die Fabriken gilt. So fehlt jede Beschränkung der Arbeitszeit für die Arbeiterinnen über 16 Jahre, obgleich das Gesundheitsamt in seinem Gutachten auf die übermäßig lange tägliche Arbeitszeit in der Zigarrenhausindustrie als auf einen schweren Mißstand hingewiesen hat. Die Erhebungen des Reichsamtes des Innern haben, besagt hierüber das Gutachten, die allgemein herrschende Meinung, insbesondere auch hinsichtlich der Frauenarbeit, bestätigt. Alle weiblichen Glieder der Familie haben neben der gewerblichen Tätigkeit noch die Lasten des Hausstandes auf ihre Schulter zu nehmen, die Fürsorge für die Kinder und die Versorgung der Küche. Wenngleich dadurch die Art ihrer Tätigkeit eine willkommene Abwechslung findet, so ist ihr Organismus naturgemäß leichter Störungen unterworfen, welche durch übermäßig lange tägliche Arbeitszeit zu schweren Gebrechen den Anlaß geben können. Bei der mangelhaften wirtschaftlichen Lage, bei dem Anblick einer darbenenden Familie werde eine erschöpfende Gast und übermäßig bis in die Nachtstunden ausgedehnte Arbeitszeit zweifellos nicht selten vorkommen und die dauernde Arbeitskraft schädigen. Das seien Verhältnisse, welche vor allem der Hausindustrie eigen seien. — Und trotzdem sollen nach dem Regierungsentwurf die Arbeiterinnen der Zigarrenhausindustrie diesen furchtbaren Gefahren auch fernerhin schutzlos preisgegeben sein.

Ebenso sind alle anderen Schutzvorschriften des Entwurfes in ihren Einzelheiten ungenügend, von einer ernsthaften Kontrolle ist nicht die Rede, dafür ist unzähligen „Ausnahmen“ Tor und Tür geöffnet. Deshalb müssen auch hier wieder die Arbeiter selbst eingreifen, um die Gesetzgebung vorwärts zu treiben. Je mehr es gelingt, die große Masse der Arbeiter zum Kampfe für bessere Schutzbestimmungen gegen die Mißstände in der Zigarrenhausindustrie aufzurütteln, je stärker der Druck ist, den die Arbeiter auf diese Weise auf die bürgerliche Mehrheit des Reichstages ausüben können, desto mehr Aussichten auf Annahme haben die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge. Ohne einen solchen Druck auf den Reichstag aber wird das neue Gesetz so werden, daß es so gut wie gar nichts gegen die Mißstände in der Zigarrenhausindustrie leistet.

Hanau, 10. Mai 1907.

Gustav Hoch.

## Die Mitarbeit der Frauen in der Armen- und Waisenspflege Hamburgs.

Der Hamburger Senat hat der Bürgerschaft, dem hamburgischen Staats- und Stadtparlament vor zwei Jahren einen Antrag auf Neuregelung der Armen- und Waisenspflege unterbreitet. Ein bürgerlicher Ausschuss hat die diesbezüglichen Gesetzentwürfe geprüft und seinen Bericht erstattet, der in allernächster Zeit in der Bürgerschaft zur Beratung kommen wird. Einen der Hauptpunkte der Erörterungen im Ausschuss bildete die Mitarbeit der Frauen in der Armen- und Waisenspflege.

Seit etwa zehn Jahren ist in der Armen- und Waisenspflege Hamburgs das Institut der „Helferinnen“ eingeführt. Die Helferinnen sind Gehilfinnen der Bezirksvorsteher und Pfleger. Die selbständige Erledigung von Pflegefällen sieht ihnen nicht zu, sondern sie haben nur auf Ansuchen die Bezirksvorsteher und Pfleger bei der Bearbeitung einzelner Pflegefälle zu unterstützen. Ein Antrags- oder Stimmrecht in den Kreis- oder Bezirksversammlungen besitzen sie gleichfalls nicht, nur Wünsche dürfen sie äußern und Anregungen geben.

Es ist begreiflich, daß diese Tätigkeit wenig Anreiz für die Frauen haben kann. So war denn auch ihre Beteiligung an der Helferinnenarbeit sehr gering, zumal in der Armenpflege. Nur „Damen“, der besser gelleiteten Stände fanden sich hier und da bereit, die Zeit, die ihnen der private Wohltätigkeitssport übrig ließ, der Helferinnenarbeit zu widmen. Bei den männlichen Pflegeorganen aber äußerte sich eine lebhaftere Abneigung gegen die Mitarbeit der Frauen. Die Helferinnen wurden deshalb auch nur in ganz vereinzelten Fällen zur Beihilfe herangezogen.

In der Frauenwelt wurde indes das Verlangen nach selbständiger Betätigung in der Armen- und Waisenspflege immer lebhafter. Aber der Senat hat diesem Verlangen in seinen Gesetzentwürfen keine Rechnung getragen. Er will das Institut der nicht stimmberechtigten Helferinnen nach wie vor beibehalten und bezüglich der Heranziehung der Frauen zur selbständigen Mitarbeit keinen Schritt vorwärts gehen. Nur in vereinzelten Fällen soll den Helferinnen die selbständige Erledigung einzelner Pflegefälle übertragen werden können. Mit Genehmigung des Bezirks sollen sie an den Bezirksversammlungen mit beratender Stimme teilnehmen können, bei ihren eigenen Pflegefällen auch ohne diese Genehmigung. Der Senat meinte, daß sich bei den männlichen Pflegeorganen durchgehend ein starker Widerstand gegen die weibliche Mitarbeit zeige, dem Rechnung getragen werden müsse. Eine völlige Gleichberechtigung der männlichen und weiblichen ehrenamtlichen Organe in der Armen- und Waisenspflege sei ausgeschlossen, denn — so sagte der Senatssekretär und frühere Direktor des Armenwesens Dr. Buehl im Ausschuss — ein Stimmrecht in den Sitzungen könne und wolle der Senat den Frauen aus prinzipiellen Gründen nicht geben! Der Senat, der früher einmal das fortschrittliche Element in der hamburgischen Staatsregierung darstellte, ist durch den jüngeren Nachschub immer tiefer in das reaktionäre Fahrwasser hineingeraten.

Erfreulicherweise ist die Mehrheit des Ausschusses dieser rückständigen Anschauung des Senats nicht gefolgt. Vor allen Dingen hat sie die prinzipiellen Bedenken des Senats gegen das Stimmrecht der Frauen nicht geteilt. Immerhin hat aber auch der Ausschuss den „weiberfeindlichen“ Armen- und Waisenspflegern eine Konzession gemacht.

Zwar sollen die Frauen nach den Anträgen des Ausschusses als stimmberechtigte Pflegeorgane bei der Armen- und Waisenspflege zugelassen werden, aber nur dann, wenn sie in der Bezirksversammlung mit einer Dreiviertelmehrheit auf den Wahlaussatz gebracht werden. Bei den männlichen Pflegern genügt dagegen die einfache Stimmenmehrheit, um diese Zulassung zu sichern. Der Ausschuss betonte übrigens, daß er keineswegs befürchtet, die Zulassung der Frauen als stimmberechtigte Pflegerinnen könne zu einem völligen Zusammenbruch der ehrenamtlichen Organisation in der Armen- und Waisenspflege führen. Das Schreckgespenst eines solchen Zusammenbruchs hatte der Senat an die Wand gemalt, der eine Massenflucht der männlichen Pflegeorgane beim Eintritt der Frauen prophezeit! — Neben den stimmberechtigten Pflegerinnen soll aber auch das Institut der nicht stimmberechtigten Helferinnen im Sinne der Senatsvorlage beibehalten werden, um den Frauen die Wahl zu lassen, das eine oder das andere Amt zu übernehmen, je nach den obwaltenden Umständen.

Die volle Gleichberechtigung ist also den Frauen versagt geblieben. Immerhin ist ein Schritt vorwärts zu verzeichnen, wenn Bürgerschaft und Senat ihre endgültige Zustimmung zu den Beschlüssen des Ausschusses geben, was beim Senat allerdings recht zweifelhaft erscheint. Zwar würde zunächst die weibliche Mitarbeit in der Armen- und Waisenspflege sich voraussichtlich auf die von bürgerlichen Frauen beschränken, aber mit der Zeit dürfte sich auch die Möglichkeit schaffen lassen, proletarische Frauen mit heranzuziehen, für die hier ein reiches Feld ungeniebt fruchtbringender Tätigkeit vorhanden wäre. In der Hamburger Armen- und Waisenspflege macht sich schon seit Jahren ein recht unerfreulicher Zug bemerkbar, ein auffälliger Mangel an gesundem sozialem Empfinden. Bürokratie und Frömmelerei, wenn nicht gar Mudelei, treiben hier und da ihr Unwesen. Da wäre es freudig zu begrüßen, wenn verständnisvolle weibliche Mitarbeit, wie sie vor allem seitens geschulter Genossinnen geleistet werden könnte, einen Strom wärmeren Gefühls und sozialen Empfindens in die Armen- und Waisenspflege hineinträgte.

Emil Fischer-Hamburg.

### Die weibliche Arbeitskraft in der Eisen- und Metallindustrie.

I.

In wachsendem Maße wird die Frau als Verkäuferin von Arbeitskraft in die Gütererzeugung hineingezogen. Wo immer nach Profit hungerndes Kapital sich betätigt, da sucht es auch die weibliche Arbeitskraft sich nutz- und dienstbar zu machen. Die „schwache“ Frau, die sofort „ins Haus“ verwiesen wird, wenn sie Rechte beansprucht, hat auch in der Eisen- und Metallindustrie in ziemlich erheblicher Zahl Einzug gehalten oder halten müssen. Wir verweisen die Frau nicht ins Haus, aber wir verlangen, daß die Trägerin und Gebärerin neuen Menschenlebens aus solchen Industrien fern gehalten werde, wo die Beschäftigung dem weiblichen Organismus nicht zuträglich ist und eine Gefahr für die kommende Generation bedeutet. Zu diesen Industrien gehört zum Beispiel die gesamte Metallherzeugung; ferner sind ihnen zuzuzählen verschiedene Gruppen der Metallverarbeitung. Folgende Aufstellung gibt zunächst ein Bild über den Umfang und die Zunahme der Frauenarbeit in der ausgedehnten, weitverzweigten Eisen- und Metallindustrie.

Es waren beschäftigt Arbeiterinnen:

	1897	1899	1903	1905	Insgesamt
In Bergbau- und Hüttenwerken	1045	1273	1115	1090	16943
	15150	15092	15203	15853	
	6389	7159	8007	9813	64335
	87422	40779	48652	55022	
Metallverarbeitung	1860	1742	2328	2743	15002
	19226	28049	30977	38459	20968
	14642	19226	28049	38459	36202
	15002	20968	30977	36202	
Industrie der Maschinen und Werkzeuge	1742	2328	2743	38459	15002
	20968	30977	36202	43811	47838
	43811	47838	56659	64335	
	56659	64335	7159	8007	

In der ersten Gruppe ist die Zunahme der Arbeiterinnen gering, in den beiden anderen Gruppen dagegen ist sie sehr erheblich. In der Bergwerks- und Hüttenindustrie ist die Zahl der jugendlichen weiblichen Arbeitskräfte im Jahre 1905 gegenüber 1897 nur ganz minimal gestiegen; seit 1899 ist sogar ein beträchtlicher Rückgang eingetreten. Die Gesamtzahl der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiterinnen hat in den 8 Jahren um nur 748 zugenommen. Ganz anders ist das Verhältnis in der Metallverarbeitung. Die Zahl der Jugendlichen ist um 2924 gleich 46 Prozent in die Höhe gegangen, und die Gesamtzahl der Arbeiterinnen hob sich um 20524. Die prozentuale Steigerung bei den jugendlichen und erwachsenen Arbeiterinnen hält sich die Wage. Eine noch rapidere Steigerung als in der Metallverarbeitung zeigt die Zahl der Arbeiterinnen in der Industrie der Maschinen und Werkzeuge. Hier wuchs die Schar der Jugendlichen um 1883, das macht über 100 Prozent aus; die Zahl der beschäftigten erwachsenen Arbeiterinnen stieg um 18817, was einer Zunahme von fast 130 Prozent entspricht. Für alle Arbeiterinnen dieser Gruppe stellt sich die Vermehrung auf 21200 und für die beiden Gruppen Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen und Werkzeuge zusammen auf 41724 oder 144 Prozent. Die Gesamtzahl der in gewerblichen Unternehmen beschäftigten Personen wuchs längst nicht in demselben Tempo; von 1899 bis 1905 betrug ihre Zunahme nur 23 Prozent. Die gewerblichen Berufsgenossenschaften hatten im Jahre 1899 6658571 und im Jahre 1905 8195732 Personen versichert. Heben wir die für uns in Betracht kommenden Industrien heraus, dann ergibt sich folgendes Resultat:

	Zahl der Beschäftigten insgesamt	Zahl der Arbeiterinnen
1899	1.253.938	68.906
1905	1.658.237	100.437
Zunahme in Proz.	32,3	47,2

In die Zahl der Arbeiterinnen sind in dieser Zusammenstellung die im Erzbergbau und der Eisendarstellung beschäftigten nicht eingerechnet; in der obigen Tabelle sind in der Gruppe „Bergbau und Hütten“ auch die bei der Kohलगewinnung beschäftigten Arbeiterinnen mit einbezogen. Aber die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte in der Erzförderung, Metallverhüttung und Eisengewinnung orientiert folgende Aufstellung.

Es waren Arbeiterinnen beschäftigt:

	1903	1905
In Erzbergbau	4094	4176
Bei der Metallverhüttung	1404	1512
In Hochofenbetrieb	533	632
In Eisengießereien	597	852
In Schweißereien	389	328
In Flußeisenwerken	586	672
Summa	7603	8172

Also auch in diesen Gruppen, aus denen die Frauenarbeit eigentlich vollständig verschwinden sollte, nimmt die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte sehr bemerklich zu. In der Hauptsache finden wir die Hüttenarbeiterin aber nur in Schlesien. In den rheinisch-westfälischen Hütten- und Walzwerken ist in den Produktionsbetrieben keine weibliche Arbeitskraft zu finden. Aber im Lande der frommen Zentrumsgrafen, in Oberschlesien, läßt man die Frau Erze graben, beschäftigt sie in Blei- und Kupferwerken, in Zinkhütten, ja auch in den Betrieben der Eisendarstellung. Frömmigkeit hindert nicht an der rücksichtslosesten Ausbeutung der Frau, an deren „Schwäche“ man sich nur dann

erinnert, wenn sie sich auflehnt gegen die Riesenlasten ihrer Pflichten ohne Rechte.

Ziemlich stark vertreten ist die Frauenarbeit in den Werken der Feinmechanik und in Nord- und Süddeutschland in der Metallverarbeitung. Nicht erfasst ist von unserer Zusammenstellung, die für 1905 annähernd 110 000 Arbeiterinnen in der Eisen- und Metallindustrie ausweist, die Schar der in der Hausindustrie mit Metallarbeiten beschäftigten weiblichen Personen. Die Hausarbeit ist nicht unbedeutend in der Uhrenindustrie, Spielwarenfabrikation, Nadelindustrie und bei der Fabrikation verschiedener Haushaltungsgegenstände. Auch in der bergischen Kleineisenindustrie finden Frauen teils als Werkstatte, teils als Heimarbeiterinnen Beschäftigung. Außer den Stahlmehlgereien und den Walzwerksbetrieben gibt es auf dem weiten Gebiet der Eisen- und Metallindustrie kaum ein Produktionsfeld, auf dem die Frau nicht vertreten ist.

W. D.

### Erziehungsanstalten, nicht Gefängnisse!

Das Stuttgarter Stadtpolizeiamt hat seit 1903 eine Frau, eine frühere Krankenpflegerin, als Polizeiaffistentin zur Fürsorge für die eingelieferten weiblichen Gefangenen angestellt. Im Februar d. J. hielt die „Polizeischwester“ Jenny Arendt im Stuttgarter Zweigverein der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten einen Vortrag über „Mehr staatliche Fürsorge für Gefallene und Gefährdete, der beste Weg zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“. Der Vortrag, der bei weitem mehr gab, als das Thema vermuten läßt, verdient eine eingehendere Würdigung auch in unserem Blatte.

Zu Beginn ihres Referats gab Schwester Arendt einen kurzen Überblick über ihre gesamte Tätigkeit. In den vier Jahren ihres Wirkens hat sie 4266 weibliche Eingelieferte in Behandlung gehabt und davon 810 in Rettungsanstalten, in die Heimat oder in Stellung bringen können. Als ihre Tätigkeit in Stuttgart bekannt wurde, erhielt sie aber außerdem noch „Privatundschafft“; es meldeten sich bei ihr viele Personen, die noch nicht mit der Polizei in Berührung gekommen waren, mit der Bitte, ihnen zu helfen: Mädchen, die von ihren Angehörigen verstoßen oder von der Dienstherrschaft plötzlich entlassen worden waren, Obdachlose, vom Gefängnis oder Zuchthaus kommende, auch viele uneheliche Mütter mit ihren Kindern. Da die sofortige Unterbringung von Personen, die „sozusagen außerhalb der menschlichen Gesellschaft stehen“, oft sehr schwierig war, gründete die Schwester ein kleines Asyl für obdachlose Frauen und Mädchen, vorerst nur bestehend aus einem kleinen Zimmer mit zwei Betten. Dort fanden vom 1. Juni 1904 bis 1. Dezember 1906 246 erwachsene weibliche Personen und 36 obdachlose, verwahrloste und mißhandelte Kinder Aufnahme. — Außer den weiblichen Gefangenen wurden der Schwester auch 197 männliche Gefangene von Polizeibeamten oder Gefangenwärtern zur Fürsorge empfohlen. Von diesen konnten 78 in Stellung, in Trinkerheilanstalten oder in der Arbeiterkolonie untergebracht werden. Seit dem 1. Dezember 1906 läßt sich die Schwester auch alle jugendlichen Gefangenen bis zu 18 Jahren vorführen, um ihnen zur Erlangung eines geordneten Erwerbes behilflich zu sein, wobei sie von mehreren Vereinen unterstützt wird.

Über den Erfolg dieser Fürsorgetätigkeit sagte die Assistentin: „Bei einem verhältnismäßig kleinen Teil aller Eingelieferten gelingt es mir überhaupt nur, sie zu einem geordneten Leben zu bewegen. Und wieviel von diesen dann später wieder rückfällig werden, läßt sich schwer nachweisen.“ Sie begründete diesen geringen Erfolg damit, daß die Fürsorge zu spät eintrete, wenn oft nichts mehr zu retten sei. Immerhin ist es doch auch bei einer Anzahl von Schülern gelungen, sie wieder zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft zu machen.

Im weiteren Verlauf ihres Vortrags sprach sich die Polizeiaffistentin zunächst gegen die Reglementierung der Prostitution aus. Sie sei vom medizinischen Standpunkt nutzlos, vom moralischen verwerflich und diene nur dazu, die Vorsicht und das Schamgefühl einzuschläfern. Man müsse vor allem versuchen, an einer ernstlichen Besserung der Mädchen zu arbeiten, indem man sie gleich beim Beginn ihrer Laufbahn einer Besserungsanstalt überweise. Die bestehenden Arbeitshäuser erfüllen ihre Aufgabe nicht, da die Einweisung erst erfolgt, wenn die vorgeschrittene Verdorbenheit keine Besserung mehr zuläßt. Dazu kommt noch das Zusammentreffen mit anderen ähnlichen Elementen. „Die Arbeitshäuser sind wie die Gefängnisse. Die Leute werden dort nicht besser, sondern in allen Verbrecherkünsten ausgebildet.“ Es sollten staatliche interkonfessionelle Erziehungsanstalten gegründet werden, in die notorisch arbeitsscheue Personen so frühzeitig wie möglich eingewiesen werden müßten. „Als Erzieher und Erzieherinnen sollten nur Persönlichkeiten in Betracht kommen, welche Liebe zu dieser Arbeit haben und diese Menschenkinder ganz individuell behandeln, und nicht, wie es in den meisten Gefängnissen der Fall ist, ganz ungebildete Leute, welche die ihrer Obhut übergebenen als Nummer ansehen.“ — Ferner sollten staatliche Anstalten für psychisch minderwertige geschaffen werden, die unter Leitung von pädagogisch und psychiatrisch geschulten Leuten stehen und als Vorstand womöglich einen Arzt haben. „Hierher würde ein großer Teil, vielleicht die Hälfte aller Gefängnisinsassen gehören.“ Beschränktheit und Willensschwäche läßt eine endlose Zahl von Personen mit den Strafgesehen in Konflikt kommen, und ein großer Teil der „Rückfälligen“ rekrutiert sich gerade aus diesen. Solche

Schwachsinrige und Geistesarme steckt man in Gefängnisse, überweist sie auch zeitweilig den Irrenanstalten, um sie dann wieder auf die menschliche Gesellschaft loszulassen, für die sie ein Herd physischer und moralischer Ansteckung, ja häufig eine schwere Gefahr für Leib und Leben sind, wie die zahlreichen von Unzurechnungsfähigen, Epileptikern und Schwachsinnigen begangenen Mordtaten beweisen. Man gestattet ihnen, Kinder in die Welt zu setzen und so ihre Gebrechen weiterzupflanzen. Sie kosten dem Staat und den Gemeinden Unsummen von Gerichts-, Gefängnis- und Spitalkosten. Wie viel humaner gegen diese Armen und wie viel sicherer und auch billiger für die Gesellschaft würde es sein, wenn man sie dauernd in gut und menschlich geleiteten Anstalten unterbrächte! — Auch für Trinker- und Trinkerinnen sollten in diesen staatlichen Anstalten spezielle Abteilungen unter ärztlicher Aufsicht eingerichtet werden. Viele Menschen könnten noch nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft werden, wenn ihnen der Alkohol entzogen würde. Auch an die traurige Nachkommenschaft der Trinker sollte man dabei denken, aus der sich zum großen Teil die Schwachsinnigen, Prostituierten und Verbrecher rekrutieren und die dem Staat und den Gemeinden Unsummen kosten.

Ein wichtiger Zweig der Tätigkeit der Polizeiaffistentin ist die Jugendfürsorge. Von Frauen und Mädchen, die auf der Polizei eingeliefert waren, wurde sie oft gebeten, nach ihren Kindern zu sehen; auch zahlreiche uneheliche Mütter wandten sich an sie mit der Bitte um Hilfe. Diese Mädchen sind in der Regel mittel- und obdachlos und noch unfähig zur Arbeit. Sie fallen Kupplern und Kupplerinnen in die Hände und werden durch die bitterste Not oft direkt zur Prostitution gezwungen. Ein Kinderfräulein zum Beispiel, das von einem Offizier zwei Kinder hatte, wurde von ihm im Stiche gelassen. Er verschwand nach Südwestafrika, „um als treuer Soldat seinem Kaiser zu dienen“, und sie wurde Prostituierte, weil sie seine Kinder nicht ernähren konnte und niemand hatte, der sich ihrer annahm. Und wie viele Kindsmorde liefen sich vor, wenn sich jemand der unglücklichen Mutter annehmen würde! Wie erfolgreich ließe sich gegen die Engelmacherei ankämpfen, wenn den Müttern ein Unterkommen für ihre Kinder nachgewiesen werden könnte. Die Assistentin hat eine Zeilung alle Annoncen, nach denen ein Kind zu vergeben war oder nach denen eines angenommen werden sollte, beantwortet und dabei höchst bemerkenswerte Erfahrungen gemacht. Die Leute, welche gegen einmalige Entschädigung ein Kind annehmen wollten, befanden sich entweder in großer Notlage und wollten durch eine größere Abfindungssumme ihren zerrütteten Finanzen aufhelfen und dabei das Kind mit in Kauf nehmen, oder sie trieben direkte Engelmacherei oder noch Schlimmeres. So erschien im Stuttgarter „Neuen Tagblatt“ wiederholt eine Annonce, worin ein hübsches Mädchen, Alter Neensache, ohne gegenseitige Entschädigung an Kindes Statt angenommen werden sollte. Bei näherer Nachforschung ergab sich, daß der Inserierende ein Subjekt war, das eben eine längere Zuchthausstrafe wegen Kuppelrei verbüßt und schon mehrfach solche Kinder an Bordellinhaberinnen verhandelt hatte! Die ungenügende Fürsorge für uneheliche Mütter und ihre Kinder ist der Nährboden, auf dem die Giftblüten solchen Treibens üppig wuchern können. Säuglingsheime, in denen Mutter und Kind Unterkunft finden können, sind daher eine dringende Notwendigkeit. In Stuttgart, überhaupt in ganz Württemberg besteht bis jetzt keine einzige Anstalt, die Säuglinge aufnimmt. Es ist ein Aufruf erschienen zur Gründung einer „Säuglingsheilanstalt“, in der kranken und schwachen Säuglingen Aussicht auf Genesung und neue Lebenskraft durch natürliche Ernährung und sorgfältigste Pflege geboten werden soll. In solchen Säuglingsheilanstalten werden dann Kinder wohlhabender Eltern gegen 10 bis 20 M. pro Tag aufgezogen, wenn es sein muß, in den Bratosen gesteckt, um mit aller Kunst am Leben erhalten zu werden. Die armen unehelichen Mütter werden für die kranken und schwachen Kinder als Ammen angestellt und müssen sehr dankbar sein, daß sie so nebenbei ihr eigenes Kind noch mit ernähren dürfen. Wer wirklich Herz und Sinn für die Not des Volkes, für die Kinder des Proletariats hat, der sollte mitarbeiten, das Gesunde, Kraftvolle zu erhalten und ein Heim zu gründen, nicht für die kranken Säuglinge wohlhabender Leute, welche die Mittel haben, ihre kranken und schwachen Kinder selbst zu pflegen, sondern für die gesunden, lebensfähigen, notleidenden Kinder des Volkes.“

Die Referentin wies auf ein interkonfessionelles Versorgungshaus in Kirchheim u. T. hin, das „erstmalig gefallene“ Mädchen vor der Entbindung aufnimmt und sie mit ihrem Kinde noch mehrere Monate nach der Entbindung im Hause behält. Auf Wunsch können später die Kinder ganz in dem angeschlossenen Kinderheim bleiben, und Mütter, welche sich von ihrem Kinde nicht trennen wollen, können ebenfalls im Hause wohnen und in Kirchheim in einer Fabrik arbeiten. Das ist gewiß eine recht gute Einrichtung, deren Segen aber wieder dadurch eingeschränkt wird, daß nur „erstmalig gefallene“ Ausnahmen sind und auch diese nur in beschränkter Zahl, da das Haus ganz auf Privatwohltätigkeit angewiesen ist. „Es wäre durchaus Sache des Staates, hier helfend einzuschreiten.“

Eine weitere Aufgabe des Staates ist die Beaufsichtigung der Ziehkinder. In Württemberg gibt es nichts dergleichen. „Jeder Mensch, wenn er noch so schlecht beleumundet ist, kann Kostkinder aufnehmen.“ Eine ärztliche Untersuchung der Kostkinder findet in Stuttgart alle sechs Jahre, in den Oberämtern alle acht Jahre statt.“ Stuttgart sollte dem Beispiel anderer Großstädte folgen und eigene Kostkinderärzte und amtliche Waisenspflegerinnen einstellen. Die Einführung der Generalvormundschaft oder wenigstens Reliktivvormundschaft wäre auch dringend zu wünschen.

Seit zwei Jahren hat es die Polizeibeamtin freiwillig übernommen, auch nach verwahrlosten und mißhandelten Kindern zu sehen. Oft genügt ein Ermahnen und häufiges Kontrollieren in den angezeigten Familien. Es kommt jedoch auch vor, daß ein Kind derartig vernachlässigt oder mißhandelt wird, daß ein sofortiges behördliches Einschreiten erforderlich wäre. Leider ist aber der einzige Weg dazu der Antrag auf Fürsorgeerziehung. Und das ist „ein sehr langwieriges Verfahren! Oft dauert es Wochen und Monate, und wenn das Kind Glück hat, so erlebt es noch den Abschluß. Es kommt jedoch auch vor, daß Kinder ein solches Glück nicht haben. Vor einiger Zeit stand ich erst vor der Leiche eines sechs Monate alten Kindes, das kein Glück gehabt hatte. Ich hatte alle Hebel in Bewegung gesetzt, um dieses Kind vor seiner Rabenmutter zu retten; ehe die Hilfe aber auch nur in Aussicht war, war das Kind längst seinen Qualen erlegen.“ — Auch in Fällen, wo Kinder von ihren Eltern oder Pflegeeltern sittlich verdorben werden, wäre eine sofortige Wegnahme des Kindes aus seiner bisherigen Umgebung notwendig. Da erweist sich dann das Wochen- und Monate dauernde Verfahren zur Einleitung der Fürsorgeerziehung ebenfalls als verderblich. Nun gibt es wohl den Artikel 6, Absatz 4 des Fürsorgeerziehungsgesetzes, welcher bestimmt: „Wenn sofortiges Einschreiten dringend geboten erscheint, kann das Vormundschaftsgericht, auch bevor das Verfahren abgeschlossen ist, durch einen schriftlichen, mit Gründen versehenen Bescheid eine versorgliche Unterbringung anordnen! Davon wird aber leider sehr selten Gebrauch gemacht. Die Polizeiasistentin hatte einmal den Versuch gemacht, die Erlaubnis zu erhalten, einem obdachlosen Trunkenbold, der sein fünfjähriges Mädchen in den Wirtschaften herumerschleppte, dieses Kind sofort wegzunehmen. Als dieser Versuch mißlang, nahm sie das Kind ohne Erlaubnis zu sich. Am anderen Morgen wurde ihr vom Amtsgericht mitgeteilt, daß sie das Kind herauszugeben habe, andernfalls sie wegen Kindesraubs und Widerstands gegen die Staatsgewalt mit Gefängnis bestraft würde. Sie hat das Kind trotz dieser Drohung in ihrer Obhut behalten, bis nach einigen Wochen auf Fürsorgeerziehung erkannt wurde. „So kann man mit den Behörden in Kollision geraten, wenn man das tut, wozu die Behörden eigentlich verpflichtet wären: das Leben und das Wohl eines Menschen zu schützen.“ In einem anderen grauenhaften Fall, wo ein verwitweter Maurer, der zwei zehn- und elfjährige Töchter hatte, jede Nacht Dornen heimbrachte, so daß sich dann vor den Augen der Kinder die schrecklichsten Szenen abspielten, gelang es der Assistentin nicht, die Kinder schnell aus dieser Umgebung fortzubringen. Das Verfahren nahm seinen gewöhnlichen langsamen Gang. „Es sollte durchaus darauf hingewirkt werden, daß in dringenden Fällen das bureaukratische Verfahren beschleunigt und die versorgliche Unterbringung eines gefährdeten Kindes sofort ausgesprochen wird.“

Leichter ist ja die Sache, wenn die Eltern oder Pflegeeltern des gefährdeten Kindes sich einverstanden erklären mit seiner anderweitigen Unterbringung. Aber dann kommt die schwierige Frage: Wer zahlt die Kosten? Die Eltern weigern sich; die Behörden erklären, keinen Auftrag erteilt zu haben, folglich auch nicht zur Kostenzahlung verpflichtet zu sein; das städtische Armenamt tritt nur ein, wenn die Eltern selbst um Armenfürsorge nachsuchen. Und die Hilfe der privaten „Kinderrettungsvereine“ ist an denselben bureaukratischen Gang gebunden wie die der Behörden. An der Privatwohlthätigkeit läßt die Assistentin überhaupt eine wohlverdiente scharfe Kritik.

Zum Schlusse faßte sie ihre Ausführungen dahin zusammen: Mehr Fürsorge für Gefallene und Gefährdete! Staatliche interkonfessionelle Erziehungsanstalten mit besonderer Berücksichtigung der Schwachsinnigen, sowie der Trinker! Schutz der unehelichen Mutter, Schutz dem unschuldigen Kinde, Wöchnerinnenheime und Säuglingsasyle! Mehr Fürsorge für verwahrloste Kinder! Hilfe, solange noch zu helfen ist! Nicht um dem vielbelasteten Staat noch neue und größere Ausgaben zu machen, sondern im Gegenteil, um ihm viele nutzlosen Aufwendungen für die Verbrecherwelt und Prostitution zu ersparen.

Diese Ausführungen beweisen, daß das Stuttgarter Polizeiamt mit der Anstellung einer Frau einen Schritt getan hat, der überall baldige Nachahmung finden sollte. Unsere Vertreter in den kommunalen Körperschaften sollten es an einem energischen Hinweis auf die Erfolge dieser Einrichtung in Stuttgart nicht fehlen lassen. Für uns ist aber der Vortrag noch nach einer anderen Seite hin wertvoll: er bekräftigt uns in der Forderung der Gleichberechtigung der Frauen auch in der Verwaltung und Gerichtspraxis. Das Auge der Frau war es, das manches sah, das Männern verborgen geblieben war. Und das warme Mitgefühl, das jeden einzelnen Fall individuell erfasst und überall auf rasche Abhilfe dringt, dürfte bei männlichen Polizeibeamten selten anzutreffen sein.

Wenn auch die Vorschläge, die zur Bekämpfung von Prostitution, Verbrechertum, Alkoholismus und Vagabondage empfohlen werden, unseres Erachtens den wirtschaftlichen und sozialen Ursachen dieser Erscheinungen nicht genügend gerecht werden, so ist doch das soziale Pflichtgefühl, mit dem die Assistentin an ihre Aufgabe herangeht und die Ehrlichkeit, mit der sie den bestehenden Strafvollzug und die bureaukratische öffentliche und private Wohlfahrtspflege kritisiert, durchaus anzuerkennen.

Erziehungsanstalten, nicht Gefängnisse! Dem Fall vorbeugen, nicht hinterher über den Fall zu Gericht sitzen und bessern wollen, wo nichts mehr zu bessern ist! Diese Forderung moderner Psychologen und Strafrechtswissenschaftler wird hier aus der Praxis heraus erhoben. Freilich, auf dem Boden

der heutigen Gesellschaftsordnung ist für solche Einrichtungen kein Platz vorhanden. Auch hier kann die Wunde, die der Kapitalismus schlägt, nur der Sozialismus heilen.

## Umsturz und Revolution.

III.

(Schluß.)

Da wird nun zuerst alles darauf ankommen, festzustellen, welche Arbeiterforderungen in den Augen der Sozialreformer als „berechtigt“ gelten und welche nicht. Das ist jedoch keineswegs leicht zu erkennen. Wenn man ihre Schriften, ihre Reden und ihr Verhalten in der Praxis durchmustert, so findet man zwar, daß sie außerordentlich viel die traurige Lage der Arbeiter bejammern und die Notwendigkeit einer Besserung betonen; aber was sie eigentlich für die Arbeiter erreichen wollen, darüber erfährt man nicht viel, und das wenige, was man erfährt, bleibt vollkommen unbestimmt. Der Standpunkt der Sozialreformer läßt sich nicht näher präzisieren als etwa wie folgt: die Arbeiter haben Anspruch auf Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit gegen Gefahren des Berufes; sie haben Anspruch auf Versicherung gegen Krankheit, Alter und Invalidität; weiter haben sie Anspruch auf Verkürzung übermäßiger Arbeitszeit und endlich auf Erhöhung der Löhne. Das ist so ziemlich alles. Wie weit aber jeder dieser Ansprüche gehen darf, darüber Schweigen. Hinzufügen könnte man allenfalls noch die Anerkennung eines gewissen Rechts auf Lebensgenuss. Der Sozialreformer stellt sich nicht auf den Standpunkt des brutalen Profitschinders, der im Arbeiter nichts weiter sieht als ein Arbeitstier, das außer Essen und Schlafen nur zu arbeiten hat, der aber schier in Ohnmacht fällt, wenn er hört, daß der Arbeiter auch beglücklich wohnen, sich nett kleiden oder gar ins Theater gehen will. Auch solche Ansprüche lehnt der Sozialreformer nicht von vornherein rundweg ab. Aber hier kommen wir ganz ins Nebelhafte, Unbestimmte, wenn wir wissen wollen, wieviel er den Arbeitern davon zubilligt.

Dagegen erfährt man sehr genau eines, das nach Meinung der Sozialreformer unberechtigt ist, nämlich die Verquickung der Sozialpolitik mit Politik.

Unter Sozialpolitik versteht man diejenigen Bestrebungen, welche eine unmittelbare Besserstellung der Arbeiter herbeiführen wollen. Diese — so lehrt der Sozialreformer, und es ist das vielleicht der einzige Grundsatz, der seine Lehre durchzieht — haben mit Politik nichts zu tun. Deshalb dürfen die Arbeiter sich nicht „an die Rockschöße einer bestimmten Partei“ hängen, sie müssen vielmehr mit allen Parteien gut Freund bleiben, damit alle Parteien am Werke der Sozialreform mithelfen.

Also mit kurzen Worten: Früher haben die Sozialreformer den Staat beschworen, er solle die Arbeiter nicht bekämpfen; der Staat hat sie kalt lächelnd abgewiesen. Jetzt beschwören sie die Arbeiter, sie sollen den Staat nicht bekämpfen. Werden sie mehr Glück damit haben?

Holen wir uns die Antwort aus dem praktischen Arbeiterleben. Betrachten wir die Dinge, wie sie in Wirklichkeit vor sich gehen. Auf welche Weise wird eine Besserstellung der Arbeiter erreicht? Nehmen wir an, die Arbeiter hätten eine Lohnerhöhung durch Streik durchgesetzt oder unfertigen auch durch das Wohlwollen des Unternehmers bewilligt erhalten. Was nun weiter? Nach ganz kurzer Zeit stellt sich heraus, daß damit nichts gebessert ist. Herrscht sogenannt gute Konjunktur (Geschäftslage), so steigen alsbald die Preise alles dessen, was der Arbeiter braucht, und es dauert nicht lange, so kann er mit dem höheren Lohn nicht einmal mehr so gut leben wie früher mit dem geringeren. Es ist das eine Erfahrung, die noch stets bei gutem Geschäftsgang gemacht worden ist. Herrscht aber schlechte Konjunktur, so troht das Unternehmertum binnen kurzem den Arbeitern die schwer errungenen Vorteile wieder ab. Es sind das Tatsachen, die jedem erfahrenen Gewerkschaftler ohne weiteres bekannt sind, und schon sie zeigen deutlich, daß eine bloße Aufbesserung der Löhne noch keineswegs genügt, um die Lage der Arbeiter wirklich zu bessern. Vielmehr hängt diese mit dem gesamten Wirtschaftsleben der Nation eng zusammen, und es werden sich tiefere Eingriffe als nötig erweisen. Doch davon später.

Wenn aber wirklich die Arbeiter mit großen Opfern eine Erhöhung der Löhne durchgesetzt und wenn sie sogar eine wirkliche Besserung ihrer Lage dadurch erzielt haben sollten, so werden ihnen diese Vorteile durch die Staatspolitik wieder abgenommen. Die besitzenden Klassen, welche die politische Macht in Händen haben, benützen diese stets zum eigenen Vorteil. Selbst angenommen, daß sie eine direkte Schädigung der Arbeiter nicht beabsichtigen, tritt solche doch notwendigerweise ein. Denn es ist nun einmal im allgemeinen so: politische Maßnahmen des Staates, welche den Besitzenden nützen, schaden den Arbeitern, und umgekehrt. Durchmustern wir einige Gebiete der Staatspolitik.

Da ist zum Beispiel das Steuerwesen. Die Steuern werden stets so eingerichtet, daß die Arbeiter das meiste zahlen müssen. Das Deutsche Reich gründet seine Einnahmen bekanntlich in der Hauptsache auf indirekte Steuern, und es ist schon oft nachgewiesen worden, daß hierdurch die Besitzenden sehr wenig, die Arbeiter sehr stark getroffen werden. In Preußen ist die direkte Einkommensteuer so verteilt, daß die größten Beträge von den Leuten ausgebracht werden, die zwischen 900 und 8000 M. Einkommen haben, also von Arbeitern. Und in den preussischen Gemeinden erhebt man Einkommensteuer selbst von den ganz Armen, bis herab zu solchen, deren jährliches Einkommen nur 420 M. beträgt. Wo ist der Grund dieser Härte? Nun, wir haben ja im Anfang gezeigt, daß von je 100 Preußen

immer 95 zu denen gehören, die weniger als 8000 M. jährliches Einkommen haben. Wollte man alle diese oder auch nur den größten Teil von ihnen (etwa bis 2000 M. Einkommen) steuerfrei lassen, so müßten die Besitzenden sehr viel mehr zahlen, und das wollen sie nicht. Deshalb benützen sie die politische Macht, um den größten Teil der Last auf die Armen zu legen.

Oder betrachten wir die Zollpolitik. Über den bekann- ten Hungertarif und die neuen Handelsverträge brauchen wir heute wohl kein Wort mehr zu verlieren. Sie sind oft genug in dieser Zeitschrift erörtert worden. Die Agrarier und das Großkapital haben die politische Macht in Händen, und sie haben sie dazu benützt, Zölle einzuführen, die ihnen ungeheure Reichtümer in den Schoß werfen werden. Den Arbeitern werden dadurch die Lebensmittel so grauenhaft verteuert, daß selbst bedeutende Lohnerhöhungen dagegen noch gar nichts ausrichten können.

Weiter: Die Kolonialpolitik, die ständige Vermehrung von Heer und Flotte, die Polenpolitik und alles, was dazu gehört. Alle diese Zweige der Staatspolitik bringen den Besitzenden dauernd Vorteile, sei es, daß sie als Armeelieferanten unmittelbar Geld daran verdienen, sei es, daß sie aus den Kolonien, aus dem Kauf und Verkauf polnischer Güter usw. Profit ziehen. Das Reich freilich erntet dabei nur eine ständige Steigerung seiner Ausgaben, was zu unaufhörlicher Vermehrung der Steuern und sonstigen Abgaben, also zu stets größerer Belastung der Arbeiter führt.

Mag der Arbeiter an Lohnerhöhung, Krankenversicherung und dergleichen noch so viel erwirken — es wird sich stets wenig ausnehmen gegenüber den Summen, die ihm durch die Gesamtpolitik des Staates wieder abgenommen werden. Was kann ihm unter solchen Umständen die Sozialpolitik nützen? Was man ihm hier mit Löffeln gibt, durch die gesamte übrige Politik des Staates wird es ihm mit Scheffeln wieder genommen. Dem kann er nur dann begegnen, wenn er selbst einen gewichtigen Einfluß auf die gesamte Politik des Staates gewinnt. Nach politischer Macht muß er streben, um der Gesamtpolitik des Staates eine Richtung zu geben, die es ihm wenigstens ermöglicht, die winzigen Vorteile der Sozialpolitik festzuhalten. So zeigt sich bereits vom rein sozialpolitischen Standpunkt aus die Notwendigkeit, die Arbeiterpolitik auf alle Gebiete des Staatswesens auszudehnen.

Dazu kommt ein weiteres: Wie wir späterhin zeigen werden, ist die Quelle des Arbeiterlebens keineswegs böser Wille und Vorurteil der Besitzenden (und kann folglich auch nicht durch Belehrung, nicht durch Appell an das Gewissen, nicht durch Erwecken des „sozialpolitischen Verständnisses“ verstopft werden); die Quelle ist vielmehr die Herrschaft des Großkapitals in Landwirtschaft, Industrie und Handel. Nun ist aber die gesamte Politik des Staates, die wir soeben kurz skizziert haben, darauf gerichtet, das Kapital zu stärken, seine Macht und Herrschaft auszudehnen und noch fester zu begründen. Die Ausbeutung durch das Kapital ist es, die den Arbeiter in seine elende Lage hinabdrückt. Zur selben Zeit also, wo man vermittelst der Sozialpolitik ein ganz klein wenig Elend mildert, forgt die gesamte übrige Politik des Staates dafür, daß die Quelle des Abels immer breiter und stärker fließt. Es liegt auf der Hand, daß es unmöglich ist, dem entgegenzutreten, wenn nicht die Arbeiter Einfluß auf die gesamte Politik des Staates erringen, also nach politischer Macht streben.

Das sind die Gründe, aus denen sich die Notwendigkeit einer besonderen Arbeiterpolitik ergibt; das sind die Gründe, aus denen heraus eine besondere Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, entstanden ist, deren Aufgabe darin besteht, auf allen Gebieten der Politik die Interessen des Arbeiterstandes wahrzunehmen.

Endlich noch ein Umstand, auf den wir allerdings wenig Gewicht legen, den aber unsere Gegner fortwährend in falscher Darstellung im Munde führen. Was die Sozialpolitik den Arbeitern bisher gegeben hat, ist alles in allem entsetzlich wenig. Aber selbst dieses wenige hat man ihnen nur geboten, weil die Besitzenden vor der Sozialdemokratie Angst haben. Gäbe es keine politische Arbeiterpartei, so gäbe es im Deutschen Reich auch keine Sozialpolitik. Das wird von unseren Gegnern immer bestritten, es ist aber doch so. Von den vielen Beweisen, die dafür vorliegen, sei nur einer hier zitiert. Fürst Bismarck sprach es am 26. November 1884 mit trockenen Worten im Reichstag aus: „Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe, und wenn nicht viele sich vor ihnen fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren.“

Halten wir also fest: Gäbe es keine Sozialdemokratie, so wäre die Sozialpolitik in Deutschland nie entstanden; aber selbst die winzigen Vorteile, welche die Sozialpolitik den Arbeitern zuwendet, können deren Lage nur dann wirklich bessern, wenn die Proletarier auf die Gesamtpolitik des Staates Einfluß haben.

Schon diese rein äußerlichen Betrachtungen zeigen, daß es nichts Verkehrters gibt als die Behauptung, Sozialpolitik dürfe nicht mit Politik verquickt werden. Dazu kommen noch wichtigere innere Gründe.

J. B.

## Wahltag in Österreich.

Der 14. Mai 1907 wird mit unverwischbaren Lettern in der Geschichte Österreichs verzeichnet bleiben. Bei den ersten Wahlen auf Grund des allgemeinen direkten Wahlrechts hat die Sozialdemokratie 59 Mandate erobert und in 115 Wahlorten steht sie in Stichwahl, in einigen davon mit besten Siegeschancen. 84 Mandate haben die deutschen Sozial-

demokratischen Österreichs erobert, 22 die tschechischen, 1 die italienischen Genossen in Triest und 2 die polnischen Genossen. In Wien haben wir 8 Mandate errungen und in einigen Bezirken haben sich die Christlich-Sozialen nur mit wenigen Stimmen über die absolute Majorität behauptet. Einige der verächtlichsten Subjekte der Christlich-Sozialen Partei werden in der Nachwahl von uns hart bedrängt. Die Sozialdemokratie hat gesiegt, wo es eine Industrie gibt. In Niederösterreich haben wir außer den 8 Mandaten in Wien auch alle Landstädte erobert. In Steiermark, in Deutschböhmen und Schlesien, wo die deutschen, tschechischen und polnischen Genossen wie überall sonst in treuer Solidarität im Wahlkampf standen, errangen wir beispiellose Erfolge. Geradezu überraschend groß und glänzend ist der Sieg der tschechischen Sozialdemokratie in Böhmen und Mähren. Unsere italienischen, polnischen und ruthenischen Brüder können ebenfalls stattliche Erfolge verzeichnen. Auf der ganzen Linie ein gewaltiger Aufmarsch sozialdemokratischer Proletariatsmassen. Insgesamt sind für die Sozialdemokratie 950 000 bis 1 Million Stimmen abgegeben worden, davon entfallen auf die deutsche Sozialdemokratie allein 515 000. In Wien ist die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen von rund 100 000 auf reichlich 124 000 gestiegen.

Das allgemeine und gleiche Wahlrecht, das wir in opfervollem Kampfe erobert, mit Blut und Gefängnisstrafen bezahlt haben, es trägt uns reiche Früchte. Es hat sich als eine Waffe erwiesen, deren Wucht alle bürgerlichen Parteien schmerzhaft empfinden. Die Christlich-Sozialen, welche ihre Herrschaft durch die Einführung der Wahlpflicht in Niederösterreich und anderen Teilen des Reiches zu befestigen hofften, haben schwere Schläppen erlitten. Die Alldeutschen in ihren verschiedenen Schattierungen, aber mit dem einen gemeinsamen Kennzeichen des perfidesten Arbeiterhasses, der vor keiner Schändlichkeit zurückschreckt, sind aus dem politischen Leben ausgeschaltet worden. Nur im Morast des Kurien- und Privilegienwahlrechts konnten sich diese Sumpfpflanzen entwickeln. Die nationaltschechischen Parteien, die in Böhmen und Mähren vom bürgerlichen Nationalitätenhass lebten, sind schwer auf's Haupt geschlagen worden. Alle ihre Führer wurden in Stichwahlen gedrängt, in der sie einen harten Stand gegen die stürmende Sozialdemokratie haben werden. Ein bemerkenswerter Umstand ist es noch, daß fast alle parlamentarischen Minister sich einer Stichwahl unterziehen müssen, der Unterrichtsminister Dr. Marbett ist ganz unterlegen, und das Mandat wird in der Stichwahl wohl in sozialdemokratischen Besitz gelangen. Der frühere Minister des Innern Graf Szplandi-Rheidt, der im Ministerium Gautsch nach dem demwürdigen 28. November 1906 die Wahlreform im Parlament vertreten, sich aber dazu hergegeben hat, mit christlich-sozialer Hilfe gegen den Sozialdemokraten Bretschneider zu kandidieren, ist glänzend besiegt worden.

In Deutschösterreich hatten die Christlich-Sozialen und die Alldeutschen die Schleusen ihrer Schimpfflooten weit geöffnet, um allen Unrat gegen uns zu verspritzen. Die Erstgenannten hatten ein eigenes Wahlblatt gegen uns erscheinen lassen, dem keine Lüge zu gewagt, keine Beschimpfung zu gemein war. Ein immuner Landtagsabgeordneter hat das Blatt als verantwortlicher Redakteur gezeichnet, um straflos im Kote schwelgen zu können — alles vergeblich.

Die Genossen sind im Wahlkampf mit beispiellosem Fleiße tätig gewesen, gleich aufopfernd bei der Agitation nach außen wie auch bei der Kleinarbeit. Der Sieg der Sozialdemokratie ist auch ihr Sieg. Jetzt heißt es weiterarbeiten, um bei den Stichwahlen neue Erfolge zu sichern. Manche Feinde des Proletariats in Österreich haben aufgeatmet, als am 25. Januar die organisierten Arbeiterfeinde in Deutschland ihre Jubelhymnen anstimmten. Sie sahen das versuchte „Niederreiten“ der Sozialdemokratie als gutes Zeichen für den Ausfall des Wahlkampfes in Österreich. Sie haben zu früh frohlockt. Sie haben mehr verloren, als die Sozialdemokratie je verlieren kann. Bürgerliche Parteien können zerschmettert werden, wie unser Wahltag zeigt. Die Sozialdemokratie aber ist unbesiegbar, sie kann wohl geschlagen werden, aber nur, um bald darauf um so stolzer ihr Haupt zu erheben. Der Sieg der Sozialdemokratie in Österreich ist ein Sieg des klassenbewußten internationalen Proletariats. Adelsheid Popp-Wien.

## Das Ende der Aussperrung in der Holzindustrie.

Wie die Leserinnen wohl schon aus der Tagespresse wissen werden, hat der große Kampf in der Holzindustrie Mitte Mai seinen Abschluß gefunden. Es kam zu einem Friedensschluß zwischen den Zentralvorständen der beteiligten Organisationen, des Deutschen Holzarbeiterverbandes und des Arbeitgeberverbandes. Er stützt sich teils auf einen Schiedsspruch des Einigungsamts des Berliner Gewerbegerichts, teils auf Abmachungen der Organisationsleitungen der verschiedenen Aussperrungsorte und bedeutet für die Holzarbeiterschaft einen großen Erfolg.

Der Kampf war von den Unternehmern zum Schluß auf 15 Orte ausgebeutet worden. In den Aussperrungen in Groß-Berlin, Kiel, Burg, Bernau und Barmen waren weitere Aussperrungen der Tischler in Leipzig, Halle, Dresden, Görlitz, Eldenburg und Suben gekommen, ferner hatten die Unternehmer auch Lübeck, wo die Tischler sich seit Ende Februar 1906 im Streik befanden, mit in die Bewegung hineingezogen. Um den Kampf derart ausdehnen zu können, hatten die Unternehmer jedes, auch das geringste Entgegenkommen bei den Vertragsverhandlungen an den Aussperrungsorten brüsk abgelehnt. Sie wollten einen

Kampf auf breiter Grundlage, um die Holzarbeiter zum Abschluß von ihnen ungünstigen Tarifverträgen zu nötigen. Sie haben ihre Absicht nicht erreicht, trotz eifriger Unterstützung aus dem gesamten Scharfmacherlager. Zwar gelang es ihnen, der Aussperrung eine große räumliche Ausdehnung zu geben, aber mit ihrer Durchführung selbst an den einzelnen Orten haperte es sehr. So hatten die Unternehmer damit gerechnet, daß in Berlin 18 000 bis 20 000 Holzarbeiter ausgesperrt werden würden, während die Aussperrungsziffer dort 8900 nicht überstieg; in Leipzig wurden 950 Holzarbeiter ausgesperrt, statt 5000. Nach ihrem Aussperrungsprojekt hatten die Unternehmer mit einer Gesamtziffer von mindestens 30 000 Aussperrten gerechnet, während im ganzen an allen 15 Orten nur 13 500 Arbeiter von der Maßregel betroffen wurden. Diese aber befanden sich außerdem niemals zu gleicher Zeit im Kampfe; die Aussperrungsziffer war bereits Anfang Mai auf rund 6000 zurückgegangen. Es war dem Deutschen Holzarbeiterverband verhältnismäßig leicht, diese Zahl Gesamter unterstützen zu können. Kein Zweifel, die Aussperrung war für die Unternehmer ein Fehlschlag.

Das erkannten diese selbst, und deshalb machten sie verzweifelte Anstrengungen, um dem Kampf eine weitere Ausdehnung zu geben. So beschloßen sie auf ihrer außerordentlichen Generalversammlung, die in Dresden tagte, überall da, wo der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert werde, auszusperren und die Verträge zu lösen. Von den Holzarbeitern wurde dieser Schlag gut pariert. In fast allen Orten verzichteten sie auf die Arbeitsruhe am 1. Mai und überwiesen ihren Tagesverdienst dem Holzarbeiterverband zur Unterstützung der Aussperrten. Die Unternehmer hatten mittlerweile zur Durchführung des Kampfes bei der Strahlauer Genossenschaftsbank eine Anleihe von 1/2 Million Mark aufnehmen müssen und beauftragten auf der Dresdener Versammlung ihre Leitung mit der Aufnahme eines weiteren Darlehens von einer Million Mark. In allen Scharfmacherorganisationen, besonders bei den Metallindustriellen wurde fleißig für die aussperrenden Holzindustriellen gesammelt. Trotz aller Focherei und Pumperei kamen aber wohl nicht die nötigen Mittel zur Fundierung der Aussperrung zusammen, so daß sich bei den kleineren, nicht kapitalkräftigen Unternehmern schon empfindlicher Mangel bemerkbar machte. Hat doch das Unternehmertum in der Holzindustrie durch die Aussperrung geschäftliche Verluste in der Höhe von 14 bis 15 Millionen Mark erlitten, die durch Anleihen und Sammlungen auch nicht entfernt gedeckt worden sind.

Noch verhängnisvoller für die Unternehmer war, daß sich die Großindustrie an der Aussperrung wenig oder gar nicht beteiligte. So bestand die Gefahr, die sich mit jeder weiteren Woche der Aussperrung noch vergrößerte, daß die Großindustrie nicht nur den Markt, sondern auch die tüchtigen Arbeitskräfte ganz an sich reißen würde. Dazu kam, daß den Unternehmern von ihren Fahrern vorgerebet worden war, der Deutsche Holzarbeiterverband werde nach sechswöchiger Aussperrung zusammenbrechen. Es waren aber bereits über 15 Wochen ins Land gegangen, ohne daß sich auch nur ein Zurückweichen der Arbeiter bemerkbar machte. Die Unternehmer in der Provinz hatten sich nur auf einen leichten Kampf eingerichtet, und gerade sie, die der Aussperrung eine günstige Wendung geben sollten, drängten schließlich auf eine schnelle Beendigung der Bewegung. So mußten die Unternehmer wohl oder übel den Kampf abbrechen, wollten sie einen schnellen Abfall der Provinzorte und eine Richtung ihrer Organisation verhindern.

Von den Unternehmern wurden Verhandlungen eingeleitet, die von den Zentralvorständen der Arbeiter- und der Unternehmerorganisation unter Hinzuziehung von je 4 Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer aus jedem Aussperrungsort ununterbrochen vom 24. April bis zum 11. Mai geführt worden sind. Schon die lange Dauer der Verhandlungen zeigt, wie schwer es den Arbeitgebern fiel, auf die Forderungen der Arbeiter einzugehen. Oft genug drohten die Verhandlungen infolge mangelnden Entgegenkommens der Unternehmer zu scheitern, der Druck von außen war aber so stark, daß die Herren den Holzarbeitern erhebliche materielle Zugeständnisse machen mußten, an die sie bei Beginn des Kampfes auch nicht entfernt gedacht hatten.

Für alle Aussperrungsorte wurden Verträge abgeschlossen, die gemeinsam am 15. Februar 1910 ablaufen, einem für die Arbeiterschaft verhältnismäßig günstigen Zeitpunkt. Allorts errangen die Holzarbeiter bedeutende materielle Zugeständnisse. Und zwar treten unter dem neuen Vertrag innerhalb der nächsten drei Jahre Arbeitszeitverkürzungen von 1 bis 4 Stunden pro Woche und Erhöhung der Löhne von 3 bis 6 Pf. pro Stunde in Kraft. Und das, obwohl die Unternehmer noch am 6. Mai in alle Welt hinausposaunten, die Arbeiter müßten zu den alten Bedingungen an die Arbeit zurückkehren, jedenfalls werde nirgends eine Verkürzung der Arbeitszeit bewilligt werden. Nun ist eine solche sogar in Berlin zugestanden worden, wo die Unternehmer, wie sie sich ausdrückten, einen „Kampf bis aufs Messer“ zur Vereitelung jeder Arbeitszeitverkürzung führten. Hätten sie dort bei Beginn des Kampfes auch nur eine halbständige Arbeitszeitverkürzung bewilligt, so wären die Arbeiter darauf eingegangen und die Aussperrung wäre verhütet worden. In den anderen Aussperrungsorten ist das materielle Ergebnis noch weit günstiger als in Berlin. In Lübeck, wo die Tischler seit 64 Wochen streikten, wäre der Kampf seit langem schon ergebnislos abgebrochen worden, hätte das nicht die Rücksicht auf die Gesamtbewegung verboten. Jetzt errang der Verband dort einen großen Erfolg. In Kiel und Burg, wo die Unternehmer auf Jahre hinaus vor Lohnforderungen sicher gewesen wären, müssen die Unter-

nehmer ihren Vertragsbruch jetzt mit erheblichen Lohn-erhöhungen büßen. In Barmen, wo infolge der Indifferenz der Arbeiter seit Jahrzehnten ein wirtschaftlicher Erfolg der Organisation nicht möglich war, haben die Unternehmer durch ihre Aussperrungstaktik den Holzarbeitern zu einem beträchtlichen Erfolg verholfen. Und in den meisten übrigen Städten hatten die Arbeiter überhaupt keine Forderungen gestellt, und es würde dort voraussichtlich auf längere Zeit hinaus eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse nicht eingetreten sein, wenn die Orte durch die Unternehmer nicht mit in die Aussperrung hineingezogen worden wären. Die Unternehmer haben ihren Lohn!

Der beendete Kampf ist für die Arbeiterbewegung von großer Bedeutung. Die Unternehmer hatten ihn von langer Hand vorbereitet. Für sie galt es, die Bewegung auf Verkürzung der Arbeitszeit aufzuhalten, und sie fanden dabei die weitgehende Unterstützung der Metallindustriellen und der Bauunternehmer, der erbittertesten Feinde jeder Arbeitszeitverkürzung. Insofern hat der Kampf prinzipielle Bedeutung, als es gelang, den Widerstand des gut gerüsteten Unternehmertums in der Frage der Arbeitszeitverkürzung zu brechen.

Es galt für die Unternehmer aber mehr: sie wollten den Deutschen Holzarbeiterverband niederreiten und damit an der deutschen Gewerkschaftsbewegung wie an der Sozialdemokratie ein Grempele statuieren. Die „Kölnische Zeitung“ hat jüngst noch ausgeplaudert, daß der Kampf von den Unternehmern nur unternommen worden sei, um „die Wahlniederlage der Sozialdemokratie zu vergrößern“. Nun sind die Unternehmer bei dem Niederreiten des Holzarbeiterverbandes bis unter die Hufe gekommen, und mit den deutschen Holzarbeitern triumphiert die Sozialdemokratie über das deutsche Scharfmachertum.

Das ist auch für die proletarische Frauenbewegung von großer Bedeutung. Denn eine Niederlage des Scharfmachertums in einem so großen prinzipiellen Kampfe hat stets ihre guten moralischen Wirkungen auf die Gesamtarbeiterbewegung, und davon profitieren stets deren schwächere Glieder. Dazu kommt, daß der Holzarbeiterverband durch den glücklichen Ausgang dieses Niesentampfes, der ihm rund 2 1/2 Millionen Mark Kosten verursacht hat, seine Kräfte nach und nach frei bekommt zur Agitation und Organisation unter den schlechter gestellten Arbeitern und Arbeiterinnen. Die Folge wird sein, daß in der Holzindustrie in den nächsten Jahren mit größerem Eifer und unter Ausbietung von größeren Mitteln die Organisation der zahlreichen Arbeiterinnen betrieben werden wird. So bekommt auch die sozialistische Frauenbewegung durch diesen Kampf einen neuen Impuls. Ernst Deinhardt.

## Vom Textilarbeiterelend.

Vor etlichen Wochen hat sich in Dalken ein Streik der Flachspinnerinnen abgespielt, der Dinge ans Tageslicht gezogen hat, die erneut den Beweis des Textilarbeiterelends und schamloser kapitalistischer Auswucherung der weiblichen Arbeitskraft im besonderen erbringen.

Der dritte Teil der Streikenden bestand aus verheirateten Frauen. Manche von diesen mußten bereits morgens um 6 Uhr ihre Kinder aus dem Bette holen und in „die Pflege“ geben, weil sie selbst gezwungen waren, von 6 Uhr an elf Stunden lang an der Spinnmaschine zu stehen. Der Verdienst betrug 18 Mk. pro Woche. Davon zu leben und Pflegegeld zu zahlen, ist bei den Miets- und Lebensmittelpreisen in Dalken ein Ding der Unmöglichkeit. Die Arbeiterinnen schleppten sich deshalb von einer Löhnung bis zur anderen mit sogenanntem Vorschuß durch, dank dessen natürlich die Gewalt der Firma über die landläufige Geldsachherrschaft hinaus befestigt wurde. Das geschah auch noch durch andere Einrichtungen. Da waren Arbeiterwohnungen, für welche die Mieten am Lohntage in nach oben abgerundeten Raten abgezogen wurden. Diese Gepflogenheit führte dazu, daß die Firma am Jahreschluß stets mehr einbehalten hatte, als der eigentliche Mietzins betrug. Den Überschuss gab sie aber erst nach drei Monaten nach Schluß des Geschäftsjahres wieder an die Arbeiter zurück.

Zedoch die Krone der Auswucherung und Fesselung der Arbeitererschaft bildete das Warten des Portiers. Dieser menschenfreundliche Herr hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die Arbeiterinnen mit allen möglichen Gebrauchsgegenständen zu versehen, wie Kleidung, Kolonialwaren, Schuhzeug, Kartoffeln usw. Wer etwas für Leben oder Tod brauchte, wandte sich „vertrauensvoll“ an den Portier. Der stellte einen Bon auf irgend ein Geschäftshaus aus, und der Kaufpreis wurde dann ratenweise gleich Miete und Vorschuß vom Lohne abgezogen. Von den Geschäftshäusern erhielt der Portier schöne Prozente. Der Jahresumsatz des geschäftslustigen Herrn ist ein ganz enormer gewesen, woraus sich die treue Anhänglichkeit an seinen Posten erklärt. Wenn man bedenkt, welchen Einfluß ein Portier bezüglich der Festsetzung der Strafgeelder ausübt, so kann man die ganze Schwere des Abhängigkeitsverhältnisses der Arbeiterinnen von dem betriebsamen Manne ermessen.

Bemerkenswert ist auch die Art und Weise, wie alle Abzüge für Vorschuß, Mieten, Lebensmittel usw. auf den Lohnkästen vermerkt wurden. Das geschah so primitiv und unübersichtlich, daß die Arbeiterinnen meist gar nicht wußten, wieviel Schulden sie eigentlich hatten.

Trotz all dieser himmelschreienden Mißstände suchte die Direktion die kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter mit allen Mitteln niederzuzwingen. Zunächst holte sie italienische Kuli als Streikbrecher heran, dann kündigte sie den Streikenden die Arbeiterwohnungen und später ihren Verwandten die Arbeit, und am Lohntage hielt sie den ersteren zum Teil

den ganzen Lohn als Schuldforderung ein; ein Verfahren, welches nach der Gewerbeordnung bis zu 2000 Mk. oder Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft werden kann.

Trotzdem die Dillener Flachspinnerinnen noch nicht allzu lange der Organisation angehört, hielten sie gut zusammen. Von 75 Ausständigen sind nur 5 zu Streikbrecherinnen geworden. Alle übrigen haben treue Solidarität und stramme Disziplin gehalten. Sie erschienen jeden Morgen zur Kontrolle, standen regelmäßig Streikposten und hatten Samstags in kurzer Zeit die ganze Stadt mit Flugblättern belegt. Der Textilarbeiterverband leitete den Streik, welcher mit einem Teilerfolg für die Kämpfenden endete.

Der Kampf zeigt, daß auch die Arbeiterinnen als tapfere Kämpferinnen für den proletarischen Befreiungskampf zu gewinnen sind, wenn man sich nur die nötige Mühe gibt, sie aufzuklären und zu organisieren. Sie lernen dann begreifen, daß ein Glend, wie es in Dillen ihr Leben belastete, kein unabwendbares Geschick ist, sondern daß es durch den Kampf gegen den barmherzigen ausbeutenden Kapitalismus gemildert und eines Tages zusammen mit diesem vollständig überwunden werden kann. Die brutale Habgucht des Unternehmertums lockert den Boden, auf dem diese Erkenntnis emporkwächst.

W. Kähler.

### Die Tätigkeit der Frauen in den Konsumvereinen.

In Anschluß an den Artikel in Nr. 8 der „Gleichheit“ „Die Frau im Aufsichtsrat der Konsumvereine“ sind uns die folgenden zwei dankenswerten Einsendungen zugegangen:

#### I.

Genossin Hüttner fordert in ihrem Artikel der „Gleichheit“ dazu auf, mehr als es bisher der Fall war, Frauen für den Aufsichtsrat der Konsumvereine in Vorschlag zu bringen und zu wählen. Ich möchte auf eine Einrichtung hinweisen, welche geeignet ist, das Mitarbeiten der Frau in den Genossenschaften wesentlich zu fördern.

Der seit acht Jahren bestehende Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in Hamburg hat vor einigen Jahren eine Ari Mittelinstanz zwischen der Verwaltung (Vorstand und Aufsichtsrat) und den Mitgliedern geschaffen, einen sogenannten Mitglieder-ausschuss. Zweck dieses Mitglieder-ausschusses, der allerdings nur für größere Konsumvereine in Betracht kommt, ist es, Vorstand und Aufsichtsrat bei agitatorischen und organisatorischen Maßnahmen zu unterstützen, Wünsche und Beschwerden der Mitglieder entgegenzunehmen und dem Vorstand zu übermitteln, bei den Kontrollen und Revisionen der Verkaufsstellen mitzuwirken und dergleichen mehr. Manche dieser Aufgaben eignen sich nun ganz besonders gut dazu, von Frauen ausgeführt zu werden. So können es ja die Frauen meistens recht gut beurteilen, ob die Einrichtungen in den Verkaufsstellen in bezug auf Ausstellung der Waren, Abfertigung der Käufer, Sauberkeit usw. gut sind oder einer Änderung bedürfen. Vielen Käuferinnen wird es auch angenehm sein, sich mit ihren Anträgen und Beschwerden an eine Frau wenden zu können. Endlich kann die Frau bei einer weiteren wichtigen Aufgabe des Mitglieder-ausschusses erfolgreich mitwirken. Es ist das die Aufklärung und Belehrung derjenigen Mitglieder, welche durch ihr geringes Kaufvermögen im Verein zeigen, daß sie noch nicht vom richtigen genossenschaftlichen Geiste durchdrungen sind. Eine Frau, natürlich nur eine solche, die selbst eine überzeugte Genossenschaftlerin ist, wird sicher am besten imstande sein, die von den klauen Käuferinnen gemachten Einwände und Gründe zu widerlegen.

Auch die Art und Weise, in welcher die Wahlen zum Mitglieder-ausschuss vorgenommen werden, ist geeignet, die Frauen heranzuziehen, die im öffentlichen Leben vielfach noch sehr zurückhaltend sind. Jede Verkaufsstelle hat das Recht, drei Personen zu wählen, und die Wahlen finden in kleinen Versammlungen statt, die nur von den Mitgliedern besucht werden, die in der betreffenden Verkaufsstelle ihre Waren entnehmen. In diesen kleinen internen Zusammenkünften nehmen die Frauen viel leichter einmal das Wort als in den Generalversammlungen, die meist von einer großen Anzahl von Personen besucht sind. Hier können sie ungehindert das vorbringen, was ihrer Meinung nach zum Gedeihen des Vereins nötig ist, und dadurch den anwesenden Mitgliedern zeigen, daß es auch Frauen gibt, welche das zum Mitarbeiten nötige Interesse und Verständnis besitzen. Dem Mitglieder-ausschuss der Hamburger „Produktion“ gehören neben ungefähr 100 Männern 10 Frauen an, und ich glaube sicher, daß ihre Zahl in Zukunft noch steigen wird. Zunächst, weil es sich in den Konsumvereinen, wie Genossin Hüttner ganz richtig bemerkt, um Fragen handelt, die für die Frau von ganz besonderem Interesse sind. Dann aber weil den Männern durch ihre Betätigung in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen oft beim besten Willen keine Zeit bleibt, auch noch in der Genossenschaft mitzuarbeiten. Die Mitglieder des Ausschusses haben durch das Lesen der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“, welche ihnen zur Verfügung gestellt wird, durch gemeinsame Sitzungen mit der Verwaltung, sowie durch ihre ganze Tätigkeit mehr Gelegenheit als die übrigen Genossenschaftler, sich über genossenschaftliche Fragen zu unterrichten. Es ist daher nur natürlich, daß sie bei den Wahlen häufig für den Aufsichtsrat in Vorschlag gebracht werden. Auf diese Weise können also auch Frauen leichter in den Aufsichtsrat gelangen. Wenn andere Konsumvereine gleiche oder ähnliche Einrichtungen wie den Mitglieder-ausschuss der „Produktion“ ins Leben rufen wollten, so würde dadurch nicht nur das Gedeihen der Vereine aufs beste gefördert, sondern es würden auch

gleichzeitig die Frauen mehr als bisher zur gemeinnützigen Tätigkeit herangezogen werden. B. N. Altona.

#### II.

Die Genossinnen zu „Mülheim am Rhein“ (nicht Mülheim) der Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ haben nicht nur seinerzeit beschlossen, eine Frau als Aufsichtsratsmitglied in Vorschlag zu bringen, sondern die vorgeschlagene, Frau Volk, ist auch glatt mit großer Mehrheit im Jahre 1906 gewählt und kürzlich, 1907, wieder gewählt worden.

Bei der letzten Wahl hätten die Frauen sehr leicht noch eine zweite Frau in den Aufsichtsrat wählen können, aber die von verschiedenen Männern vorgeschlagenen Frauen lehnten die Wahl ab, und von den anwesenden Frauen wurden leider keine Vorschläge gemacht.

Hinsichtlich der Bemerkung im Artikel, „Die Voraussetzung dafür (zu wählen und gewählt zu werden) ist freilich, daß die Frau sich selbst als Mitglied beim Konsumverein anmeldet,“ möchte ich erwähnen, daß dies für das aktive Wahlrecht allerdings Voraussetzung ist, nicht aber für das passive Wahlrecht. Vielmehr braucht eine Person bei der Erwählung zum Aufsichtsratsmitglied noch nicht Mitglied der Genossenschaft zu sein, nur muß sie es vor Eintritt des Amtes werden. Vergleiche Parisius & Grüger, Genossenschaftsrecht (Suttentagische Sammlung Nr. 29), Berlin 1905, Seite 44 zu § 9.

Heinz Erbes,

Aufsichtsratsmitglied der „Hoffnung“ zu Mülheim a. Rh.

### Aus der Bewegung.

Stellungnahme der Genossinnen zum internationalen Sozialistenkongress zu Stuttgart. Anfang Mai fand in München eine öffentliche Frauenversammlung statt, in welcher die Genossinnen Stellung zum internationalen Kongress in Stuttgart nahmen und der Genossin Greifenberg-Augsburg das Mandat zu diesem für Bayern übertrugen. Die Genossinnen Nürnberg's haben kürzlich in einer öffentlichen Frauenversammlung Genossin Grünberg als Delegierte der sozialdemokratischen Frauen Bayern's vorgeschlagen.

Von der Agitation. Um Aufklärung unter die Proletarierinnen zu tragen, berief die Parteileitung des 12. und 13. Wahlkreises, Leipzig-Stadt und Leipzig-Land, eine größere Anzahl Frauenversammlungen ein, in denen die Unterzeichnete referierte. Die Versammlungen fanden vom 7. bis 30. April statt, und zwar in Hartmannsdorf, Knauthain, Bösnig-Dölnitz, Döfen, Leipzig-Ost, Schönefeld, Connewitz, Kleinzschocher, Markranstädt, Liebertwolkwitz, Rötha, Stütz, Plagwitz-Lindenau, Großzschocher, Groß-Dölzig, Zwenkau, Rauenhof, Brandis, Gohlis-Eutritzsch, Lauchau, Gaußig, Leuzsch, Böhlitz-Ehrenberg, Müllau und Sellerhausen. Sie waren sehr gut besucht, einige sogar überfüllt. Selbst in den Landorten, wo noch nie eine Frauenversammlung stattgefunden hatte, waren Frauen erschienen. In allen Versammlungen folgte dem Vortrag eine lebhafteste Diskussion, an der sich die Genossinnen Frenzel, Heinig, Bollender, Groß, Rühle, Weber, Jäger, Hoffmann, Bösch und Benzler beteiligten. Die Genossinnen Frenzel, Bollender, Heinig und Rühle riefen besonders zur Förderung der Dienstbotenorganisation auf und legten den proletarischen Eltern ans Herz, ihre Kinder der Jugendorganisation zuzuführen. Auch viele Genossen traten in warmen Worten für die Aufklärung und Schulung der Frauen und Mädchen ein. Anerkennung verdienen ebenfalls zwei Genossen, die der Abstinenzvereinigung angehören und in allen Versammlungen Bücher und Flugblätter über die Schädlichkeit des Alkohols verteilten. Sie leisteten mühevollen Kleinarbeit von großem Werte, denn wenn der Alkohol auch nicht die Grundursache des proletarischen Glendes ist, so verschärft er es doch und schädigt den proletarischen Befreiungskampf, weil er nicht nur viele über ihren Jammer hinwegtäuscht, sondern auch die Kampfstätigkeit herabsetzt. Hier und da gab es Gelegenheit, mit einem Gegner abzurechnen. So wurde in der Versammlung zu Gaußig einem jungen Herrlein die Wahrheit gesagt, das ein unserer Flugblätter zur Versammlung in gemeiner Weise beschrieben hatte. In den Versammlungen traten Hunderte von Frauen der politischen Organisation bei. Auch Männer schlossen sich ihr an, und viele der Anwesenden abonnierten die „Leipziger Volkszeitung“. Die Versammlungen haben glänzend bewiesen, daß das Ideal des Sozialismus in immer größeren Frauenteilen festen Fuß faßt. Das kommt schon in den gespanntesten aufmerksamen Mienen, den blühenden Augen zum Ausdruck, mit welchen die Versammlungsbesucherinnen den sozialistischen Ideen folgen. Aus dem Gefühl der schweren Lasten, welche die Proletarierin als Hausfrau, Mutter und Arbeiterin auf ihren Schultern trägt, entwickelt sich immer klarer das Bewußtsein, für die Freiheit im Lager der Sozialdemokratie kämpfen zu müssen. Und je größer die Zahl der Frauen ist, die aufgeklärt und organisiert in Reich und Glied der Sozialdemokratie steht, um so unüberwindlicher wird diese. Alle Bosheiten und Gewaltmaßnahmen unserer Feinde können den Siegesmarsch der Sozialdemokratie nicht aufhalten.

Marie Baadwig.

Im Auftrag der Kreisleitung des fünften schleswig-holsteinischen Wahlkreises unternahm Genossin Boffe-Bremen eine Agitationstour zur Förderung der politischen Frauenbewegung. Das Thema lautete: Die wirtschaftliche Lage der Frau und ihre Stellung zur Politik. Es fanden Versammlungen statt in Lägerdorf, Kellinghusen, Jzehoe, Wilster, Heide und Meldorf. Außer in

Kellinghusen waren die Versammlungen durchschnittlich gut besucht, besonders von Frauen. In den genannten Orten handelt es sich fast ausschließlich um Hausfrauen, nicht um Industriearbeiterinnen — mit Ausnahme von Jzehoe, wo ein großer Teil Frauen in der Neststrickerlei beschäftigt wird. Man kann daher den Versammlungsbesuch der Frauen mit Recht als einen Fortschritt bezeichnen. Hoffentlich bleibt es nicht nur bei der augenblicklichen Begeisterung, sondern die Genossinnen versuchen durch eifriges Lesen, besonders der „Gleichheit“, für welche eine Anzahl neuer Abonnenten geworden wurden, sich zu tüchtigen Mitarbeiterinnen für unsere Bewegung heranzubilden. Erfreulicherweise sehen die Genossinnen die Aufklärung der Frauen immer mehr als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an und scheuen an vielen Orten keine Mühen und Opfer, diese zu erfüllen, in der Überzeugung, daß das von hoher Bedeutung für die Gesamtbewegung ist. — Die Genossinnen von Wilhelmshagen hielten ebenfalls zwei Versammlungen ab, die von Erfolg begleitet waren. Vierzig Abonnenten für die „Gleichheit“ und fast ebensoviel Mitglieder für die politische Frauenbewegung wurden gewonnen. Mitte März fand eine politische Frauenversammlung in Bremerhaven statt, in der Genossin Boffe über das obengenannte Thema referierte. Der große Saal war überfüllt, fast zwei Drittel der Besucher waren Frauen. Auch diese Versammlung vergrößerte den Leserkreis der „Volksstimme“ und der „Gleichheit“. A. B.-Bremen.

Mitte April fand in Reunburg v. W. in der Oberpfalz eine Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung statt, die von der sozialdemokratischen Partei, Gau Nordbayern, einberufen worden und von Männern wie von Frauen sehr stark besucht war. Die Versammelten lauschten gespannt dem Vortrag der Unterzeichneten über den „Kampf ums tägliche Brot“ und dankten der Referentin durch reichen Beifall. Mehrere der Anwesenden traten der Organisation bei. Die starke Beteiligung der Frauen an der Versammlung ist um so erfreulicher, als es unter den Proletarierinnen der Oberpfalz leider noch manche Gegnerin unserer Sache gibt. Die Klerisei betreibt hier systematisch eine widerliche Hege gegen die Arbeiterbewegung und hat damit bei den Frauen noch vielfach Erfolg. In diesem finsternen Teile der Oberpfalz liegt das wildromantische Schwarzachtal, in dem sich viele Glasbläsereien und Polierwerke befinden. Die Arbeitszeit in diesen Fabriken ist unmenschlich lang. Die Träger der politischen und gewerkschaftlichen Organisation sind hier die Glasarbeiter. Magda Hagen.

In Esch a. d. Alzette (Luxemburg) begingen die organisierten Metallarbeiter, denen sich die Parteigenossen angeschlossen, die diesjährige Maiseier am Sonntag den 5. Mai. Die Feier sollte mit einer öffentlichen Versammlung beginnen und mit Theater und Ball abschließen. Doch das Schöffenskollegium der Stadt, an dessen Spitze der Bürgermeister und Schlotbaron Nees steht, erlaubte die Ausführung und den Ball nur unter der Bedingung, daß die Arbeiter 80 Mk. an die Gemeinde zahlten. Das taten die Genossen natürlich nicht, und so fand an dem betreffenden Sonntag nur eine öffentliche Versammlung statt. Referentin war Genossin Hüglin aus Stuttgart. Zahlreich waren die Genossen mit ihren Frauen erschienen. Da noch nie eine Genossin in Esch referiert hatte, war das Interesse an der Versammlung sehr stark; auch Bürgerliche hatten sich eingefunden, um eine Frau sprechen zu hören. Genossin Hüglin referierte in begeisterter Weise über die Bedeutung des 1. Mai und fand mit ihren Ausführungen großen Beifall. Einstimmig wurde die Mairesolution angenommen. Darauf geißelte Genosse Thilmann das Verhalten des Schöffenskollegiums, das die Organisation mit kleinlichen Mitteln zu schädigen sucht. Die Versammelten stimmten dem Redner lebhaft zu und bezeugten dadurch ihre Kampfesstimmung wie Zwersicht, daß alle behördlichen Schikanen das Vorwärtsschreiten der Arbeiterbewegung nicht aufhalten werden. Nach der Versammlung blieben die Genossen und Genossinnen noch zusammen. Gebächte wurden vorgetragen, es wurde gesungen, gespielt usw. Die Feier fand abends nach einer Ansprache des Stadtverordneten Genossen Schaaß und einem Schlusswort des Genossen Thilmann mit einem donnernden Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ihr Ende. Kein Zweifel, daß die würdig begangene Maiseier unserer Sache neue Anhänger und Anhängerinnen gewonnen hat. — Am Tage darauf fand in Döbelingen eine gut besuchte Versammlung statt, in welcher Genossin Hüglin ebenfalls referierte.

Th.

Der Agitation unter den weiblichen Angestellten im Handlungsgewerbe galten öffentliche Versammlungen, die die Unterzeichnete im April in Oberschlesien in den Orten Gleiwitz, Beuthen, Ratibor, Königshütte und Kattowitz abhielt. Der Besuch war im ganzen bis auf Königshütte gut. Die anwesenden Frauen folgten mit großer Aufmerksamkeit dem Referat. Jähe Energie gehört schon dazu, um die Männer des oberschlesischen Industriegebietes der Organisation zu gewinnen, noch größer aber muß die Ausdauer sein, die Frauen, die hier die Slavinnen der Kirche sind, zu freien Menschen zu machen. Aber auch das wird uns gelingen. — Versammlungen fanden noch in Hamburg, Kiel und Bremen, Magdeburg und Dessau statt. Mit Freuden kann festgestellt werden, daß besonders in Kiel die gewerkschaftliche Organisation der Handlungsgelipen erfreuliche Fortschritte macht. Regina Krauß.

Von den Organisationen. Ein volkstümlicher Unterhaltungsabend wurde von dem Arbeiterinnen-Bildungsverein in Königshütte i. Pr. veranstaltet. Er sollte dem arbeitenden Volke Gelegenheit zu künstlerischem Genuß geben, der aus vielerlei Gründen diesem sonst schwer möglich ist. Das Programm war sehr reichhaltig und fand dankbare Aufnahme. Es wurden Kompositionen erst

Meister für Klavier und Geige, sowie Sologefänge und Deklamationen ernst und heiteren Inhalts vorgetragen, und der gemischte Chor parteiendissidierender Sänger erfreute durch seine Gesänge. Der Unterhaltungsabend verdient Nachahmung.

**Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen Königsbergs I. Pr.** Die Genossinnen Königsbergs haben sich im letzten Jahre angelegen sein lassen, eifrig für die Ausdehnung und Kräftigung der proletarischen Frauenbewegung zu arbeiten. Es fanden im Berichtsjahr vier öffentliche Frauenversammlungen statt; manche Arbeiterfrau, die an ihnen teilnahm, ist wohl zum erstenmal in einer sozialdemokratischen Versammlung gewesen. Die meisten Partei- und Gewerkschaftsversammlungen waren von Frauen gut besucht. Es ist das sehr erfreulich; die Frauen nehmen aus den Versammlungen Anregungen mit nach Hause, gewöhnen sich ans Lesen und stehen dem Manne nicht mehr hindernd im Wege. Aus der politisch gleichgültigen Proletarierin wird allmählich eine denkende und handelnde Genossin. Die Vertrauensperson der Genossinnen legte großes Gewicht darauf, daß die Parteigenossen öffentliche Versammlungen abhalten, in denen die Frauen nicht nur anwesend sein, sondern auch sprechen können. Als der Reichstag aufgelöst worden war und die Partei in die Wahltagung eintrat, zeigte es sich, daß die Frauen der Wahlbewegung nicht interesselos gegenüberstanden. 40 Frauen und Mädchen halfen dauernd bei der Wahlarbeit mit. Der Ausfall der Wahl in Königsberg — wir haben diesmal nicht gesiegt — muß ein Ansporn sein, mehr denn je auch die Frauen aufzuklären und vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß die Arbeiter die „Volkszeitung“ und keine bürgerlichen Blätter lesen. Außer den Versammlungen wurden Lesabende abgehalten. Sie waren häufig besucht, lieferten aber den Beweis dafür, daß die Frauen Lust zum Lernen haben. Die Genossinnen bemühen sich, auch die Frauen in der Provinz wach zu rütteln, und das mit Erfolg. Dem ostpreussischen Parteitag, der im Herbst in Insterburg stattfand, wohnten viele Frauen aus den umliegenden Ortschaften als Zuhörerinnen bei. Als sie, wie die „Gleichheit“ feinerzeit schon berichtete, von der Polizei aus dem Saale verwiesen wurden, murrtten sie und meinten, Männer und Frauen dürften doch gemeinsam arbeiten, sie dürften gemeinsam in die Kirche gehen, warum sollten sie nicht gemeinsam an dieser Versammlung teilnehmen dürfen? Und mit freudigen Gesichtern drängten sie sich wieder in den Saal, als auf die sofort eingelegte Beschwerde des Genossen Haase von der oberen Behörde das Verbot aufgehoben worden war, allerdings erst, nachdem der Parteitag schon einige wichtige Punkte erledigt hatte. Die Zahl der „Gleichheit“-Leserinnen ist von 48 auf 81 gestiegen. Die Einnahmen der Genossinnen betragen — den vorjährigen Kassenbestand mitgerechnet — insgesamt 405,06 Mk., die Ausgaben 308,82 Mk. Unter den Einnahmen befanden sich 53 Mk., die für freiwillige Beiträge einkamen; 20 Prozent davon, also 10,60 Mk., wurden an den Agitationsfonds der Genossinnen abgeführt. Auf Vorschlag der Vertrauensperson sind noch nachträglich von den 96,24 Mk. Kassenbestand 50 Mk. dem Wahlfonds überwiesen worden, so daß noch 46,24 Mk. in der Kasse bleiben. 20 Genossinnen haben sich bereit erklärt, in diesem Jahre regelmäßig freiwillige Beiträge zu zahlen. Die Unterzeichnete wurde auf ein weiteres Jahr als Vertrauensperson gewählt. Genossin Döbler soll ihr bei der Agitationsarbeit Hilfe leisten. Zu Revisionen wurden die Genossinnen Bluhm, Hartmann und Pahlke bestimmt. Es ist den Genossinnen ans Herz zu legen, unablässig zu lernen, damit sie mit der Zeit fortschreiten und andere mit unseren Ideen vertraut machen können. Was wir lernen und an Arbeit zur Aufklärung der Ausgebeuteten leisten, das nützt nicht nur uns, sondern unserem Liebsten, unseren Kindern. Darum frisch auf zu neuen Taten! Frau Rowagroski.

### Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen.

Den Widerstand des preussischen Vereinsrechts und die Willkür der polizeilichen Praxis zu erweisen, das scheint offenbar das unfreiwillige, aber dankenswerte Bemühen mancher preussischen Polizeibehörden zu sein. In Thorn wies Polizeiwachmeister Kabel die zu einer Versammlung erschienenen Frauen aus dem Saale des Parteilokals, obgleich dieser eine Galerie hat, die als „Segment“ dienen konnte. Es war also die Möglichkeit vorhanden, daß die Frauen dem bekannten Erlaß des verstorbenen Polizeiministers Hammerstein gemäß als „passive Zuhörerinnen“, „unvermischt mit den Männern“ der Versammlung beiwohnen konnten. Die Berufung des Versammlungsleiters auf diesen Erlaß blieb ohne Wirkung. Und das ist nicht zu verwundern. War doch der Herr Polizeiwachmeister von der vorgesetzten Behörde gleichsam zu seinem Vorgehen ermuntert worden. Im Februar hatte er nämlich in der gleichen Weise gegen den Ministerialerlaß verstoßen. Die eingelegte Beschwerde aber hatte der zweite Bürgermeister von Thorn mit der Behauptung zurückgewiesen, daß sie „nach den erfolgten Feststellungen jeder Begründung entbehrt“. Die Thorer Genossen wollten sich durch Beschreitung des Beschwerdewege bis zum Minister klarheit darüber verschaffen, ob der berühmte Segmenterlaß Hammersteins vielleicht nur für die Damen der notleidenden Krautjunker und deren Tagungen im Zirkus Busch gilt.

Nicht bloß in der Nachbarschaft der russischen Grenze, sondern auch vor den Toren Berlins und in Berlin selbst erfahren die Proletarierinnen, daß sie in jenem Preußen leben, wo alle vor dem Gesetz gleich sind. So steht es wenigstens auf dem Papier der Verfassung, und also muß es auch wahr sein. In einer öffentlichen Frauenversammlung zu Adlerhof beleuchtete Genossin Ziel als

Diskussionsrednerin die Rechtlosigkeit der Frau und erklärte, daß diese trotzdem und trotz ihrer angeblich geringeren Bildung mit dem Manne strafrechtlich gleichgestellt sei. Das veranlaßte den überwachenden Beamten, die Versammlung aufzulösen. Nach dem Grunde dieser Maßregel fragt man sich vergeblich, aber man ist ja gewöhnt, daß das vom preussischen Vereinsrecht beflügelte Polizeigewalt ahnet, findet und beweist, was kein profaner Untertanenverstand sieht. — Die Anwesenheit der Frauen führte auch in zwei Versammlungen in Berlin zu Störungen. In einer Mitgliederversammlung des Wahlvereins für den dritten Berliner Reichstagswahlkreis wollten auch Genossinnen den Vortrag des Genossen Severing über „Das Betreten des Sozialreform“ hören. Der überwachende Polizeileutnant verlangte jedoch ihre Entfernung aus dem Saal und wollte sich auch nicht damit zufrieden geben, daß die Frauen in einer Ecke des Saales, getrennt von den Männern, Platz nahmen. Schließlich gestattete er, daß sie von einer kleinen, hochgelegenen Galerie aus der Versammlung beiwohnten. Der Umzug der Frauen veranlaßte nun einen Umzug der überwachenden Beamten. Diese verlegten ihren Platz auf die andere Seite der Bühne, um genau wahrnehmen zu können, ob die Frauen sich nicht etwa anschickten, durch „Zwischenrufe“ und ähnliche „revolutionäre“ Taten den herrlichen preussischen Staat ins Wackeln zu bringen. Der Vorgang veranlaßte den Genossen Severing, an die am selben Tage im Reichsparlament angenommene Resolution Ablaß zu erinnern, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend. Er meinte, das soeben Erlebte könnte den Glauben erwecken, als wolle die königlich preussische Polizei gerade zeigen, wie notwendig eine Reform des Vereins- und Versammlungsrechtes sei. Daraufhin erhob sich der Herr Leutnant und erklärte, das Haupt mit dem staats-erhaltenden Helm bedeckend, er verbitte sich jede Kritik der Maßnahmen der überwachenden Beamten. Genosse Severing erklärte darauf: „Ich muß Sie ersuchen, mich in meinen Ausführungen nicht zu unterbrechen. Mit keiner Silbe habe ich die Maßnahmen der überwachenden Beamten kritisiert. Wir müssen es der Polizei selbst überlassen, wie sie sich mit den skandalösen Zuständen abfindet, die das preussische Vereins- und Versammlungsrecht geschaffen hat.“ Erst nach diesem längeren Zwischenspiel preussisch-verbindlichen Jammers konnte die Versammlung in die Behandlung ihrer Tagesordnung eintreten. — Lehrreich wie die Versammlung des Wahlvereins war eine Mitgliederversammlung des Vereins Berliner Hausdiener. Und auch der komische Beigeschmack fehlte ihr nicht, der so oft dem Wackeln des Bureaukratenkopfs anhaftet. Genosse Ledebour sollte in der Versammlung über die Revolution von 1848 sprechen. Auf Anordnung des überwachenden Polizeibeamten mußten sich die anwesenden Frauen in ein „Segment“ begeben, weil der Vortrag, der gehalten werden sollte, politisch sei. Damit die gefährliche Wirkung des politischen Vortrags immunisiert würde, suchten nun die Frauen nach Vorschrift das „Segment“ eines — Tischs im Hintergrund des Saales auf. Genosse Ledebour bezeichnete den Vorgang als einen Ausdruck der preussischen Rücksichtslosigkeit. Heute, 59 Jahre nach der achtundvierziger Revolution herrsche noch polizeiliche Bevormundung der Staatsbürger, früher konnten sich die Bürger im Freien versammeln, ohne daß die Polizei sich darum zu kümmern hatte. Der Redner erörterte dann den Segmenterlaß und hob hervor, daß der Verein der Berliner Hausdiener keine politische Organisation sei, daß er sich aber nach der Auffassung des überwachenden Beamten für diesen Abend in einen politischen Verein verwandelt habe, weil ein politischer Vortrag gehalten werden solle. Er selbst habe die Absicht gehabt, einen historischen Vortrag zu halten. Da jedoch nach der polizeilichen Auffassung der Vortrag ein politischer sein solle, werde er die Gelegenheit benutzen, einen solchen Vortrag zu halten. Er werde die Frage behandeln: Welche politischen Lehren hat das Proletariat aus der Märzrevolution zu ziehen? — Die preussischen Steuerzahler bezolden nicht umsonst den zahlreichen Stab der Polizei. Diese läßt sich durch eine recht wirksame „Propaganda der Tat“ angelegen sein, für die Notwendigkeit eines freiheitlichen Vereins- und Versammlungsgesetzes zu agitieren.

### Politische Rundschau.

Einen Wahlsieg, so groß und gewaltig, wie kaum einer in der Geschichte der Arbeiterbewegung, hat die österreichische Sozialdemokratie am 14. Mai der proletarischen Internationale beschert. Dem glänzenden Feldzug ums Wahlrecht, diesem Meisterstück festen, zum äußersten entschlossenen Kampfesmut, ist ein Wahllampf gefolgt, der seines Vorgängers würdig war, und dessen Ertrag alle Erwartungen überroffen hat. Gegen alle Parteien ist dieser große Sieg erfochten worden, und über fast alle Nationen und Länder des bunt zusammengedickelten Österreichs erstreckt er sich — die Sozialdemokratie ist in Österreich die Partei des Proletariats aller Zungen. Und dieser Sieg ist kein Geschenk des Zufalls, kein über eine indifferente Masse erfochtener. Er ist erklämpft bei einer Wahlbeteiligung von 85 bis 90 Prozent, er ist in verschiedenen Kronländern erklämpft unter dem Gesetz der Wahlpflicht, und er ist endlich erklämpft unter einem Wahlrecht, das einjährige Sekundarität im Wahlkreis vorschreibt. Westwärts steht die Bourgeoisie aller Länder vor diesem proletarischen Siege ohnegleichen. Ihre Hoffnung aufs Niederreiten der Arbeiterbewegung, die sie nach den deutschen Hurravahlen zu kühnen Träumen trug, ist flügelarm zusammengebrochen, nachdem ihr Glauhau-Meerone schon einen kleinen Dämpfer aufgesetzt hat. Das Proletariat aller Länder aber schöpft neue Kraft

aus dem Siege der österreichischen Genossen, und die deutsche Sozialdemokratie, deren Siege oft in bösen Tagen den österreichischen Brüdern Hoffnung und Zuversicht gaben, erlabt sich an dem gewaltigen Siegesgeschaukel und hart mit Ungeduld des Tages, da sie ihre Kraft aufs neue bewähren und es den Brüdern im Osten nachtun kann.

Von den bürgerlichen Parteien Österreichs haben — bei dem vorwiegend agrarischen Charakter des Staates natürlich genug — die Merkmalen die Probe des gleichen Wahlrechts am besten bestanden, weil sie sich auf Bayern und Kleinbürger stützen. Bis auf winzige Haufen zusammengehauen sind dagegen die nationalistischen Maulhelden, und dünn gesät die Reihen der Liberalen. Die Merkmalen antisemitischen Christlich-Sozialen zeigen sich trotz großer Mandatszahl im Niedergang begriffen. Ohne den skandalösen Luogerschen Wahlschwindel in Wien würde er noch schärfer hervortreten. Das gleiche Wahlrecht hat die politische Physiognomie Österreichs erheblich verändert; von den großen Parteien des alten Privilegienparlamentes bleibt nur die polnische Schlachta ungeschwächt erhalten. Die Stichwahlen, für die die Regierung nach deutschem Muster ein antisozialdemokratisches Kartell zusammenzubringen versucht — anscheinend mit teilweisem Erfolg —, werden das Werk der Hauptwahl freilich noch verschiedentlich modifizieren. Sie werden unseren tapferen Genossen aber sicherlich noch manchen vollen Siegeskranz einbringen.

Am selben Tage, da die Völker Österreichs zur Wahl gingen, schloß das deutsche Parlament seine Pforten. Der Hurra-Reichstag hatte den Etat durchgepeitscht, das selbständige Kolonialamt und das Oberkommando für die „Schutztruppen“, den Grundstock für die künftige Kolonialarmee geschaffen und den Farmern von Südwestafrica fünf Millionen Entschädigung gegeben. Er hat brav bewilligt, hat seine Schuldigkeit im Dienste der Reaktion getan, und also konnte er gehen. Für die Erledigung der von den Parteien gestellten Anträge, für die auch nur teilweise Einlösung der Bülowischen Versprechungen an den Liberalismus war keine Zeit mehr. Und wenn der Reichstag im November wieder zusammentritt, wird es nicht viel anders sein. Denn da wird er vor allem die Mittel zum Stopfen all der Löcher beschaffen müssen, die er mit seinen Bewilligungen in den Reichsfächer gerissen hat. Die neuen dauernden Ausgaben haben die Tendenz zum Wachsen und zeitigen ihre Konsequenzen. Ein Aufhalten gibt's nicht. Schon haben die Flottenvereiner auf ihrer Kölner Tagung die Agitations-trompete angelegt und die Forderung nach größerer Flotte und schnellerem Bau ins Reich geschmettert. Und wozu wäre denn der „nationale“ Reichstag da, wenn er nicht die „Wehrmacht“ stärken sollte! Den wachsenden Ausgaben aber stehen nicht im selben Maße wachsende Einnahmen gegenüber. Die neuen Steuern, namentlich die Verkehrssteuern, bringen nicht das, was ihre Schöpfer von ihnen erhofft haben. Der Ertrag der höheren Zölle bleibt hinter den Erwartungen zurück, und die vor der Tür stehende Krise wird den Eingang an Zöllen und Verbrauchssteuern ohnehin noch senken. Nicht weniger als 254 Millionen Anleihen mußten schon jetzt aufgenommen werden. Neue Steuern müssen her, das ist des Reichschatzsekretärs A und O. Das „glorreiche Werk“ der Reichsfinanzreform soll im Herbst fortgesetzt werden. Da mag dann der Freisinn zeigen, welchen Grad von Entfaltungsfähigkeit er aufbringt, wieviel indirekte Steuern er bewilligen kann und wie er mit Ergebung auf dem Altar der Blochbrüderschaft seine Parastücke, die Reichseinkommensteuer usw., opfert. Die konservative und nationalliberale Presse bereitet ihn jetzt schon darauf vor. So darf der Freisinn seinen Wählern wenigstens versichern, daß er im Herbst Gelegenheit haben werde zu großen „nationalen Taten“ — die versprochenen liberalen Taten der Regierung werden dafür um so magerer sein. Die staltliche Reihe seiner antiliberalen Blockdienste in der verflochtenen Session hat der Freisinn abgeschlossen mit seiner schmählichen Haltung beim Attentat des freisinnigen Vizepräsidenten Kampf auf die Redefreiheit, das er am Genossen Ledebour verübte, und mit der Abstimmung für die Gültigkeit des Reichshofenschen Mandats von Bülow's Gnaden für Schweidnitz-Striegau. Dafür bringt er nichts weiter heim als die unbestimmten Versprechungen Bülow's und den einen Geseh-entwurf zur Einschränkung der Majestätsbeleidigungsprozeße, diese groteske Halbheit, die nichts anderes ist als ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie. Indes, die Beschleunigung und der „nationale“ Eifer des Freisinns sind groß, und der Bloch hält also noch zusammen.

Der Kurs des „eisernen Wesens“ wider die Kolonialgreuel hat sich aufs neue herrlich geoffenbart in einem milden Urteil gegen einen ehemaligen Gouverneur von Togo. Herr Horn, der einen Neger auf grausame Art tötete, indem er den im glühenden Sonnenbrande am Pfahl Hängenden vergaß und ihn so verschmachten ließ, geht mit zwei Drittel einer ansehnlichen Pension in den Ruhestand. Sein Leidensgefährte v. Puttkamer kann sich indes des milden Urteils der Potsdamer Disziplinarrichter noch nicht in Gemütsruhe erfreuen. Eine kompromittierende Veröffentlichung seiner Schänd- preisgegebenen und unritterlich beschimpften Geliebten hat das Verfahren in ein böses Licht gestellt und die Kolonialverwaltung zur Eröffnung einer neuen Untersuchung gezwungen. Besser hat's Herr Dernburg, jetzt Staatssekretär der Kolonien, selber. Mit kühlem Gleichmut ging der Reichstag über die Tatsache hinweg, die Genosse Ledebour an den Pranger schlug: die Verantwortlichen der Kolonialpolitik haben im Konzentrationslager auf der Halbinsel von 2000 gefangenen Hottentotten — überwiegend Frauen und Kinder — zwei Drittel am Klima und an Elend „eingehen“ lassen, wie Dernburg sich zynisch ausdrückte. Bevor im Dezember hatte Ledebour auf die enorme Sterb-

lichkeit im Konzentrationslager hingewiesen. Der Kolonialdirektor aber hat nichts getan, er hatte bei der Reichstagsauflösung an andere Dinge zu denken. Wahlmache, Dattellistenpropaganda gingen den Pflichten der Menschlichkeit vor. Der „nationale“ Block fand das natürlich — mit Rosenwasser wird Kolonialpolitik nicht gemacht.

Das Ministerium Clemenceau hat in der französischen Kammer ein Vertrauensvotum durchgesetzt. Es erfüllt mit der Verfolgung der Arbeiter- und Beamtenvereinigungen auch den Willen des größten Teils der Radikalen. Die Genossen Jaurès, Willn und Sembat haben einen guten Strauß gefochten und namentlich die Berräterei der „sozialistischen“ Minister Briand und Viviani gebrandmarkt. Womit Herr Briand indes nur Gelegenheit gegeben wurde, seine Eignung zum „Manne der Ordnung“ in einer Rede zu zeigen, die aus geschickten Advokatenkniffen und „nationalen“ Phrasen zusammengestellt war. Er trieb es so arg, daß selbst Clemenceau ein Stück von ihm abrückte.

In England tagte eine britische Reichskonferenz, das heißt eine Zusammenkunft der leitenden Minister Großbritanniens und der selbständigen Kolonien. Sie hat gezeigt, daß die liberale Regierung Englands keine Neigung hat, den Freihandel aufzugeben, um den Kolonien Vorzugstarife gewähren zu können, während die Kolonien nach solcher Zollbegünstigung drängen. An völligen zollpolitischen Zusammenschluß des britischen Weltreichs ist zurzeit also nicht zu denken. Doch sollen die Kolonien geneigt sein, untereinander Vorzugstarife abzuschließen und sie auch dem Mutterlande ohne zollpolitische Gegenleistung zu gewähren. Das ist für Deutschlands Handel nicht unbedenklich, aber nur die Folge der deutschen Schutzollpolitik. — Große Sorgen bereiten England die Unruhen in Indien. Die englische Herrschaft über dieses unglückliche Land ist ökonomische Ausbeutung schlimmster Art, eine Ausbeutung, die nur so lange ertragen wird, als sie ertragen werden muß. Und der Ausgang des russisch-japanischen Kriegs hat den Asiaten gezeigt, daß die Weißen nicht unbeflegbar sind.

Japan hat mit Frankreich ein Abkommen geschlossen, das die französischen Besitzungen in Hinterindien sichert. Englands Politik hat in diesem Vertrag einen neuen Erfolg zu verzeichnen — Deutschland wird auch in Ostasien isoliert. Unsere „genialen“ Weltpolitiker lassen sich dadurch freilich zu nichts anderem anregen als zu lauterem Geschrei nach einer noch größeren deutschen Flotte. Soweit sie nicht blindgeboren sind, gehören sie zu den absichtlich Blinden, und das sind die Unheilbarsten. H. B.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Nach der Beendigung des großen Kampfes in der Holzindustrie nun der Kampf im Berliner Baugewerbe, der noch bei weitem größere Ausdehnung annehmen wird als jener und eine ganze Reihe anderer Berufe in Mitteldenshaft ziehen muß. Es zeigt sich sinnfällig, welchen starken Widerstand die Arbeitgeber der Forderung entgegensetzen, die Arbeitszeit unter 9 Stunden zu verkürzen. Die Buchdrucker haben bei ihrer letzten Tarifabmachung diese Forderung nicht zu verwirklichen vermocht, hoffentlich gelingt es nun den Bauarbeitern, die Forderung tüchtig zu erweitern, welche bereits der Holzarbeiterverband in den kapitalistischen Widerstand gegen die weitere Annäherung an den Achtstundentag gelegt hat. Die Berliner Bäcker konnten trotz der wochenlangen Einigungsverhandlungen zu keiner Verständigung mit den Arbeitgebern kommen. In den letzten Jahren ist die Organisation unter den Berliner Bäckern erfreulich fortgeschritten. Es ist daher mit einem allgemeinen Ausstand zu rechnen, der Erfolg verspricht.

In der Textilindustrie ist der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen andauernd äußerst lebhaft. Die Unternehmer befolgen die alte Taktik, die kleinsten Streiks, ja selbst untergeordnete Forderungen der Arbeiterschaft mit Aussperrungen des Personals ganzer Fabriken oder wohl gar der Textilfabriken ganzer Industriebezirke zu beantworten. In Braunschweig wurden 1800 Personen ausgesperrt, nur weil sie eine Verlängerung der Mittagspause durchsetzen wollten. Das war ein Kapitalverbrechen wider den Proletenstandpunkt der Unternehmer. In Göppingen steht ein Ausstand von über 1000 Arbeitern und Arbeiterinnen bevor. Der Konflikt dreht sich um eine geforderte Lohnerhöhung von 10 Prozent. Das dünkt den Unternehmern „zu üppig“, 3 Prozent wollen sie nur bewilligen, was einer Lohnsteigerung von wöchentlich ganzen 50 Pf. gleichkommen würde. Man sieht, daß die Herren recht „sparsam“ sein können — auf anderer Leute Kosten. In Krefeld haben die Samtwarenfabrikanten die verlangten 15 Prozent Lohnerhöhung abgelehnt, die Arbeiter und Arbeiterinnen werden aber die nötige Lohnerhöhung noch durchzusetzen wissen. Aus einigen Orten, wie Reugersdorf, Eisenach usw. sind erungene Lohnerhöhungen zu melden. Selbst die „Christlichen“ unter den Webern beginnen zu erwachen und Forderungen zu stellen. Die Unternehmer betonen im allgemeinen stark den Standpunkt des Herrseins im Hause und betätigen ihren Haß gegen die Organisation. In Landskron zum Beispiel streikten sie „ihre“ Arbeiter, wiesen aber die Einmischung des Textilarbeiterverbandes ab. Nun, die Herren werden dort wie anderwärts lernen müssen, die Organisation der Textilarbeiter und -arbeiterinnen als eine Macht zu respektieren, denn der Textilarbeiterverband gedeiht unter all den Kämpfen vortrefflich und gewinnt an äußerer und innerer Stärke.

Der Nähmaschinen- und Schreibmaschinenfabrik Seidel & Naumann in Dresden ist Sekurs durch den Verband der Metallindustriellen der Kreishauptmannschaft Dresden erstanden. Die krampfhaftige Suche der Firma

nach Arbeitswilligen im Ausland scheint den Verlust des eingearbeiteten Personals nicht wett machen zu können. Die Streibereagenten senden an Arbeitskräften, was ihnen unter die Hände kommt. So trafen neulich als Streibereagentinnen drei galizische Frauen in Dresden ein, die auf der Reise halb verhungert waren. Die Streikenden fühlten ein menschliches Mitleid, gaben den Ärmsten etwas zu essen und führten sie der Firma zu, nachdem sie erst die Gruppe durch die photographische Platte verewigt hatten. Ein Teil der englischen und galizischen Arbeiter hat die Arbeitsstätte schon wieder verlassen. Das Vorgehen der Firma läßt den Patriotismus unseres Unternehmertums im hellsten Lichte erstrahlen.

Der Vorsitzende des Wäschearbeiterverbandes tritt für eine Verschmelzung dieser Organisation mit dem Schneiderverband ein; eine Urabstimmung soll über den Vorschlag entscheiden. Anscheinend beabsichtigen die Unternehmer, mit Ablauf des jetzt bestehenden Tarifs einen größeren Kampf gegen die Arbeiterschaft aufzunehmen. Der junge Verband würde für diesen Fall dank einer Verschmelzung mit der Organisation der Schneider einen stärkeren Rückhalt bieten. Aber auch diese könnte unserer Meinung nach durch den Zusammenschluß gewinnen. Nicht nur an ziffernmäßiger Kraft, sondern auch dadurch, daß die zahlreichen organisierten Wäschearbeiterinnen sicherlich auf die Entfaltung einer recht energiegelassen Agitation unter den Schneiderinnen hinwirken würden. — In einer größeren Wäschefabrik zu Rathenow ist ein Streik ausgebrochen. Die streikenden Arbeiterinnen waren vielfach in Berliner Fabriken untergebracht worden. Nun aber haben die Berliner Unternehmer allem Anschein nach Schwarze Listen verbreitet, um ihren bedrängten „Berufsgenossen“ in Rathenow zu Hilfe zu kommen. Der Verband wird den Herren wohl plausibel machen, daß ihre Handlungsweise sich nicht mit dem Tarif verträgt.

Im Brauereiarbeiterverband sind unter 28602 Mitgliedern 526 Arbeiterinnen organisiert. Der Buchbinderverband zählt unter 20471 Mitgliedern 8621 weibliche; er hat 1906 um 1862 organisierte Arbeiterinnen zugenommen. Der Schneiderverband hat unter rund 38000 Mitgliedern nur etwa 4000 Arbeiterinnen. Der kaufmännische Verband für weibliche Angestellte umschließt in 50 Ortsgruppen 22000 Mitglieder. Seine einzige sozialpolitisch verdienstvolle Leistung ist die der Stellenvermittlung. 6000 Stellen sollen durch ihn im letzten Jahre vermittelt worden sein. Wäre eine so starke Organisation vom Geiste der modernen Arbeiterbewegung durchdrungen, welche Vorteile könnte sie ihren Mitgliedern erringen. Und den weiblichen Angestellten im Handelsgewerbe täten wirklich eine Erhöhung ihres Gehaltes und andere Verbesserungen bitter not. Anstatt aber daran zu denken, singt der Verband das harmoniedufelige Ciapopeia des friedlichen Zusammenwirkens mit den Prinzipalen und läßt die Zeit ungenutzt verstreichen, die einer wirtschaftlichen Besserstellung günstig gewesen wäre. Wie tatkräftig vertritt dagegen der Zentralverband die Interessen der Ausgebeuteten im Handelsgewerbe. Ihm müßten sich alle Handelsangestellte ohne Unterschied des Geschlechts anschließen, die nach einer kulturwürdigen Existenz verlangen und sich des Wertes ihrer Arbeit bewußt sind. #

Wie der christliche Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen „kämpft“. Wie überall so ist auch in Königsberg i. Pr. das Heimarbeiterelend erschreckend groß. Das ist den Arbeitgebern wohl bekannt. Es fällt ihnen jedoch nicht im Traume ein, die Lage der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen durch Zahlung höherer Löhne etwas aufzubessern. Wie allen Kapitalisten müssen auch ihnen Zustände an die Arbeiterschaft durch geschlossenen Kampf abgerungen werden. Das ist eine Binsenwahrheit, welche durch die Erfahrungen langer Jahre bestätigt worden ist und stets aufs neue bestätigt wird. Mit der vielbesungenen „Harmonie“ zwischen Kapital und Arbeit ist es aus, sobald die Arbeiter und Arbeiterinnen ihre eigenen Interessen im Gegensatz zu dem Profitbegehren und dem Herrenstandpunkt der Arbeitgeber vertreten. Die Erkenntnis dieses Standes der Dinge ist eine der elementarsten Voraussetzungen für die Taktik und den Erfolg der Gewerkschaften. Aber vor dieser Erkenntnis schließt der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen grundsätzlich die Augen. Ebenso bezeichnend wie lächerlich ist es, wie durch solches Vorgehen die in Königsberg bestehende Gruppe dieser christlichen Organisation eine Besserstellung der Heimarbeiterinnen erreichen wollte. Sie hat an 16 Firmen der Stadt einen Tarifentwurf für Arbeiterwäsche gesandt und dieser „Tarif“ dadurch besseren Nachdruck zu geben versucht, daß sie in einem „Eingefandte“ in einem Lokalblatt um „freundliche Aufnahme“ des Tarifs flehte. Es heißt da: „Im Laufe dieser Woche ist 16 Firmen unserer Stadt ein Tarifentwurf für Arbeiterwäsche zugegangen, welchen die hiesige Gruppe des Gewerbevereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands im Einvernehmen mit dem Vorstande des Vereins der Detaillisten eingereicht hat. Es ist im höchsten Maße wünschenswert, daß dieser Tarif freundliche Aufnahme bei den betreffenden Arbeitgebern findet und so den Beginn zu geregelten Verhältnissen in der Hausindustrie Königsbergs einleitet. Würden die hiesigen Firmen hier mit gutem Beispiele anderen deutschen Städten vorangehen, so hätten sie sich als weitsichtig und ihre Zeit verstehend bewiesen. . . . Auch in Königsberg sind allmählich die Engrospreise für Arbeiterwäsche in einer Weise gesunken, die höchst bedauerlich genannt werden muß. Einmal weil der Tiefstand der Löhne die Volksgesundheit gefährdet, denn da Arbeitsmaterial und Lebensmittel im Preise gestiegen, die Löhne aber nicht erhöht worden sind, so muß die Disfe-

renz im Budget durch verdoppelte Arbeitszeit ausgeglichen werden. Auf diese Art kommen auch bei uns 20stündige Arbeitstage vor! Bedauerlich sind diese Zustände auch deshalb, weil sie vielfach eine stillschweigende Erbitterung großziehen und so allmählich auch die Frauen der Sozialdemokratie mit ihren zerfetzenden Lehren in die Arme treiben. Wenn nun der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen für einen gerechten Interessenausgleich eintritt, so tut er damit etwas, wofür ihm alle Stände, die den sozialen Frieden anstreben, dankbar sein müßten. Mit den sozialdemokratischen Verbänden ist er nicht zu verwechseln. Er will nicht prinzipiell unzufrieden wie jene machen. . . . Nur eine zielbewusste, soziale Reform bildet einen Damm gegen das Umsichgreifen sozialdemokratischer Ideen, die unser Volk vergiften und unglücklich machen. Nur sie bringt auf dem Boden des Ausgleichs den Frieden. Daher sollte jeder gerechdenkende Mensch die Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften, welche eine Interessenvertretung auf dem Boden des Christentums im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung erstreben, zu denen auch die hiesige Ortsgruppe des Gewerbevereins der Heimarbeiterinnen gehört, fördern.“

Es ist christliche Logik, daß bei 20stündiger Arbeitszeit es die sozialdemokratischen Ideen sind, welche das Volk unglücklich machen, wie es christliche Praxis ist, um eine Gnade zu betteln, statt für ein gutes Recht zu kämpfen. Bemerkenswert ist, daß die „Christlichen“ ihre demütige Bitte in die Warnung vor dem steigenden Einfluß der +++ Sozialdemokratie widelten. Wie es scheint, erwarteten sie die „freundliche Aufnahme“ ihres Besuchs im Grunde weniger von der christlichen Gesinnung der Arbeitgeber als von deren Furcht vor dem roten Gespenst. Ihr Bittgang ist umsonst geblieben. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo die Heimarbeiterinnen, die noch am Gängelband des christlichen Vereins hängen, einsehen, daß dieses Sonderorganisationen ihre Lage nicht zu bessern vermag und daß auch ihr Platz in den freien Gewerkschaften ist, deren Wahrspruch lautet: „Durch Kampf zum Sieg!“ ck.

## Notizenteil.

### Dienstbotenfrage.

Die Gründung einer Dienstbotenorganisation in Mannheim wurde in einer Dienstbotenversammlung vorgenommen, in welcher Genosse Arbeitersekretär Böttger über das Thema referierte: „Was uns not tut“. Über 400 Mädchen waren anwesend und begleiteten die Ausführungen des Redners mit lebhaften Beifallsbezeugungen. Genosse Böttger machte den Dienstmädchen klar, daß sie, um ihre Lage zu verbessern, es eben so machen müßten, wie die gewerblichen Arbeiterinnen und Arbeiter: sie müßten untereinander einig sein und ihre Forderungen miteinander erheben. Dazu wäre aber ein Verein nötig, der besonders die Stellenvermittlung in die Hand zu nehmen habe, damit die Mädchen nicht mehr durch private Stellenvermittler ausgebeutet würden und die Herrschaften, die ihre Dienstboten schlecht behandeln, keine Mädchen mehr zugewiesen erhielten. Der Referent wies dabei darauf hin, daß zurzeit die weibliche Abteilung des städtischen Zentralarbeitsnachweises in M 4 der privaten Stellenvermittlung vorzuziehen sei. Die Diskussion beleuchtete hell das Dienstbotenelend. Zuerst glaubte eine Stellenvermittlerin ihr Institut verteidigen zu müssen, das gar nicht angegriffen worden war. Sie wollte die Versammlung glauben machen, daß sie nie schlechte Stellen vermittelte. Ein Mädchen sagte ihr aber ins Gesicht, daß sie drei schlechte Stellen nacheinander gerade von ihr zugewiesen erhalten habe. Von einem anderen Dienstboten wurde betont, daß die Mädchen, welche vom Lande in die Stadt kämen, am allerschlimmsten ausgebeutet würden. Zur Bekräftigung führte es einen Fall an, in welchem ein solches Mädchen, das bei einem Arzt bedienstet war, 21 Stunden hintereinander angestrengt arbeiten mußte, und zwar auch noch am Karfreitag! Noch weitere Fälle schamloser Ausnützung der Mädchen kamen zur Sprache. Alle Rednerinnen begrüßten die Gründung eines Dienstbotenvereins und wünschten, daß es gelingen möge, das Los der Dienenden zu bessern. 103 Mädchen ließen sich sofort in die neue Organisation aufnehmen und zahlten außer der Aufnahmegebühr von 20 Pf. auch gleich einen Monatsbeitrag, der auf 40 Pf. festgesetzt worden ist. Den Mitgliedern wird die „Gleichheit“ gratis geliefert. — Für den 14. April war eine zweite öffentliche Versammlung geplant, die jedoch nicht stattfinden konnte, weil weder für Geld noch gute Worte ein Saal zu bekommen war. — Am 28. April hielt der neue Verein seine erste Mitgliederversammlung ab, der ungefähr 60 Mädchen beiwohnten. Messe, Tanz, Pferderennen und sonstige Vergnügungen hatten manche der übrigen Mitglieder vom Erscheinen abgehalten. Gewerkschaftssekretär Nagel referierte über: „Die Aufgaben der Dienstbotenorganisation“. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Das Statut des Nürnberger Dienstbotenvereins wurde mit kleinen Abänderungen, so mit Ausschluß der Krankenunterstützung, als maßgebend angenommen. In den Vorstand wurden die Genossinnen Kehl, Lehmann, Dewald, Höflein und Blase und drei Mädchen als Revisorinnen gewählt. Trotz des mäßigen Besuchs fanden Aufnahmen für den Verein statt, dessen Arbeitsnachweis nicht vor Ende Juni eröffnet werden kann, weil sein Bureau in das Gewerkschaftshaus kommen soll, das erst im nächsten Monat bewohnbar wird. Der Resolution der Mannheimer Frauenkonferenz zur Dienstbotenfrage stimmten die Versammelten ohne Ausnahme zu. Die Vorsitzende machte bekannt, daß am Sonntag den 26. Mai in der Zentralhalle eine öffentliche Versammlung stattfinden wird, und for-

derte die Anwesenden auf, vollzählig in ihr zu erscheinen und eifrig für sie zu agitieren. Genossin Grünberg, Arbeitersekretärin in Nürnberg, wird in dieser Versammlung referieren.

**Frau Vina Kehl.**  
**Von der Hamburger Dienstbotenorganisation.** In einer Mitgliederversammlung des Vereins der Dienstmädchen, Wasch- und Scheuerfrauen von Hamburg am 11. April gab die Kassiererin die Abrechnung für das erste Quartal. Danach wurden 959,56 Mk. eingenommen und 855,47 Mk. ausgegeben, so daß ein Kassenbestand von 104,09 Mk. verbleibt. Die Zahl der Mitglieder betrug am 31. März 1030. Seither ist sie schon auf über 1400 angewachsen. Genossin Baumann referierte über die Bedeutung des ersten Mai. Die Vorsitzende verwies auf den Demonstrationstag am Freitag und ersuchte besonders die Wasch- und Scheuerfrauen, sich rege an ihm zu beteiligen. (Wie schon in Nr. 10 mitgeteilt worden ist, haben zirka 150 Mitglieder an dem Festzug teilgenommen.) Genossin Koll forderte die Wasch- und Scheuerfrauen auf, nicht unter einem Tagelohn von 2,50 Mk. zu arbeiten. Es wurden 18 neue Mitglieder aufgenommen. — Acht Tage später fand eine öffentliche Dienstmädchenversammlung statt, in welcher Genosse Görlitz unter großem Beifall über „Herrschen und Dienen“ sprach. Er betonte unter anderem, daß es keine Geharbeit, sondern hohe moralische Pflicht der aufgestellten Frauen sei, die Organisation der Dienstboten zu fördern und die Mädchen dadurch in geistiger Beziehung zu heben und in den Stand zu setzen, den Kampf gegen Unterdrückung und Bevormundung erfolgreich führen zu können. In der Diskussion versuchte eine Dame vom Hausfrauenverein, die Bestrebungen dieser Organisation in ein gutes Licht zu stellen. Sie wurde von einem Fräulein Hollander unterstützt. Der Hausfrauenverein, so hieß es, werde von zwei „Damen“ und fünf Dienstmädchen geleitet, und es herrsche in ihm in bezug auf die Interessen der Herrschaften und der Dienstmädchen die schönste Harmonie. Auch in dem Hausfrauenverein sei man daran gegangen, einen Arbeitsvertrag auszuarbeiten. Genossin Baumann und die Vorsitzende führten den Nachweis, daß in einem von Damen geleiteten Dienstbotenverein die Interessen der Herrschaften denen der Dienenden stets vorangestellt würden, und daß nur die rüchständigsten Dienstmädchen noch an eine Harmonie der Interessen beider Klassen glaubten. Eine Köchin berichtete, daß ihr Nebenmädchen bei einem Mitglied des Hausfrauenvereins den Dienst wegen ungenügender Ernährung habe aufgeben müssen. Ein anderes Mädchen geißelte, daß durch den Hausfrauenverein öfter Dienstmädchen mit monatlicher Kündigung gemietet und dadurch Abhängigkeit und Unfreiheit vermehrt würden. — Am 9. Mai hielt der Verein wieder eine Mitgliederversammlung ab. Genossin Gewehr referierte über „Klassenkampf in alter und neuer Zeit“ und errang sich mit ihrem trefflichen Vortrag den Beifall der Versammelten. Es wurden zwei Kartelldelegierte und drei Vertreterinnen zu den schon im März aufgestellten Delegierten und Vertreterinnen hinzugewählt. Die Vorsitzende gab bekannt, daß von nun an die Mitgliederversammlungen an jedem zweiten Donnerstag im Monat stattfinden sollen. Bisher wurden sie wohl monatlich, aber nicht regelmäßig an einem bestimmten Tage abgehalten. Die nächste Versammlung wird am 13. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus tagen. Es wurde beschlossen, am letzten Sonntag jeden Monats eine gesellige Zusammenkunft abzuhalten, die erste am 28. Mai, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Der monatliche Beitrag beträgt mit Kartellbeitrag 35 Pf. Dafür wird freier Stellennachweis gewährt und das Vereinsorgan, die „Gleichheit“, geliefert. 18 Hausangestellte treten der Organisation bei. Verta Mangels.

**Die Dienstbotenorganisation für Bremen und Umgegend** hat am 4. April ihren unentgeltlichen Stellennachweis eröffnet. Er befindet sich Obernstraße 391. Die Verwaltung liegt in den Händen der Genossin Sachmann.

### Frauenstimmrecht.

**Zum Kampfe um das Frauenwahlrecht in England.** Die beiden sozialistischen Parteien in England, die Sozialdemokratische Föderation und die Unabhängige Arbeiterpartei haben auf ihrem letzten Jahreskongress Stellung zur Frage des Frauenwahlrechts genommen. Die erstgenannte Partei tagte in Carlisle und beschloß auf Antrag der Genossin Kough, nicht für ein beschränktes Frauenwahlrecht einzutreten, wie es in verschiedenen Anträgen im Parlament verlangt wird, sondern für das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen, wie es der Antrag Dilke fordert. (Nr. 8 der „Gleichheit“), und daß allein allen Frauen und nicht bloß den Damen Bürgerrecht verleiht. Genosse Hyndman hatte den Antrag unterstützt. Genosse Dr. Duffin betonte ausdrücklich, daß die Partei zwar das Ziel des frauenrechtlerischen Kampfes im Hinblick auf das Recht der proletarischen Frauen und das Interesse der gesamten Arbeiterklasse nicht zu unterstützen vermöge, daß sie jedoch die frauenrechtlerischen Demonstrationen billige, die von revolutionärem Mute getragen seien. — Der Kongress der Unabhängigen Arbeiterpartei fand in Derby statt. Nach einer längeren lebhaften Diskussion entschied sich die Mehrheit dafür, daß die Partei die Vorlage für das beschränkte Frauenwahlrecht unterstützen solle. Uns ist es unerfindlich, wie eine sozialistische Arbeiterpartei in England für das Wahlrecht des weiblichen Geldbeutels eintreten kann, statt für das allgemeine Wahlrecht aller Großjährigen. Die Einführung des beschränkten Frauenwahlrechts zum Parlament bedeutet nicht den Sieg eines Prinzips. In England ist das Recht des weiblichen Geschlechts

im öffentlichen Leben prinzipiell anerkannt durch sein verschieden gestaltetes und verschieden veräußertes Wahlrecht zu den lokalen Verwaltungskörperschaften. Zwischen diesem und dem Parlamentswahlrecht besteht aber kein Unterschied des Wesens, des Prinzips, sondern nur der Art und des Grades. Andererseits beweist die Geschichte der Frauenbewegung in England, daß das Zensuswahlrecht der Damen in der Praxis keine Vorstufe auf dem Wege zur Eroberung des allgemeinen Frauenwahlrechts ist. Bis jetzt haben sich die englischen Frauenrechtlerinnen feilschend damit begnügt, daß ein beschränktes Wahlrecht in der Hauptsache die besitzenden Frauen allein zu Wollbürgern in der Gemeinde erhebt. Sie sind nicht dafür eingetreten, daß dieses Wahlrecht zu einem allgemeinen umgestaltet wird, so daß es auch allen Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen zugute käme. Wenn das Vorrecht des weiblichen Besitzes in der Gemeinde vervollständigt wird durch ein Vorrecht im Staat, so ist zehn gegen eins zu wetten, daß die bürgerliche Frauenrechtelei behaglich die Kastanien verkehrt, die ihr Sozialisten und Proletarierinnen aus dem Feuer holen helfen, und daß sie sich den Teufel um das allgemeine Wahlrecht schert.

### Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

**Die zweite Jahreskonferenz des Frauenkomitees der sozialdemokratischen Föderation in England** hat Mitte April in London unter dem Vorsitz von Genossin Hyndman getagt. Dem Tätigkeitsbericht entnehmen wir, daß dem Komitee sieben örtliche Vereine angeschlossen sind, die ihrerseits auf ein gedeihliches Wirken zurückblicken. Sie unterstützten die Ortsvereine der sozialdemokratischen Föderation beim Wahlkampf und anderen Aktionen, führten ihnen weibliche Mitglieder zu, brachten Gelder für ihre Zwecke auf, verbreiteten die Parteiliteratur bei Versammlungen und Meetings usw. Einige der Frauenvereine organisierten auch Vortragsabende und Bildungskurse und veranstalteten und förderten die Gründung sogenannter sozialistischer Sonntagschulen. So gab zum Beispiel der Frauenverein Bow den Anstoß zur Gründung von zwei solchen Sonntagschulen, die zum großen Arger der Frommen von mehr als 100 Kindern besucht werden. Ein Mitglied der Frauenorganisation von South-West-Manchester wurde in den Armentat gewählt. Als besonders erfreulichen Zug hebt der Bericht hervor, daß die Frauenvereine überall glänzende Unterstützung von den Lokalorganisationen der Partei erhalten haben. Die wichtigsten Beratungen und Beschlüsse der Konferenz galten der Gründung und Ausgestaltung von sozialistischen Frauenorganisationen. Genossin Hyndman betonte, daß die Gründung von Frauenvereinen durch die Tatsache motiviert werde, daß die Frauen infolge verschiedener Gründe nicht wie man erwartet habe in Massen von der allgemeinen sozialistischen Bewegung erfasst worden seien. Die Frauen müßten besonders über den vollen Ideengehalt des Sozialismus aufgeklärt werden. Das zu tun und die Frauen immer besser im sozialistischen Sinne zu schulen, müsse die Aufgabe der Frauenorganisationen sein. Daß diese berufen sind, diese Aufgabe zu lösen, habe die Tätigkeit und der Erfolg der bestehenden Frauenvereine bewiesen. Genossin Hendin wies auf die vorliegende Erfahrung hin, daß die in den Vereinen aufgeklärten Frauen sehr bald ihre Pflicht erkennen lernten, der Partei beizutreten. Seitdem man mit der Gründung von sozialistischen Sonntagschulen begonnen habe, verlangten mehr Frauen als früher im Sozialismus unterwiesen zu werden. Die Frauenorganisationen seien dazu berufen, durch Aufklärung von Frauen die geistige Harmonie im Heim aufrecht zu halten. Wenn die Frauen nicht mit dem hehren Evangelium des Sozialismus vertraut würden, bestände die Gefahr, daß sie die Männer von revolutionären Kämpfen zurückhielten. Einstimmig gelangte eine von Genossin Wilson eingebrachte Resolution zur Annahme, die es als Ziel der Vereine erklärt, die Frauen zu organisieren und in den sozialdemokratischen Grundsätzen zu erziehen, und daß zu dem Zwecke ihres Beitritts zu der sozialdemokratischen Föderation, damit sie mit den Männern zusammen für die Beseitigung des Kapitalismus kämpfen. Den Vereinen bleibt die Aufstellung der Statuten, Festsetzung der Mitgliedsbeiträge, Ausgabe von Sammelbüchern usw. überlassen. Das Zentralkomitee wurde einstimmig beauftragt, eine Konferenz aller weiblichen Mitglieder der sozialdemokratischen Föderation einzuberufen, die über Mittel und Wege beraten soll, in Verbindung mit jeder Lokalorganisation der Partei einen Frauenverein zu gründen. Auch Genossen können an dieser Konferenz teilnehmen. Genossin Hill wurde als Organisatorin für den Bezirk Northampton ernannt. Die nächste Jahreskonferenz des Zentralkomitees soll in Northampton stattfinden.

### Weibliche Fabrikinspektoren.

**Als Fabrikinspektorin in Baden** ist als Nachfolgerin von Fräulein Dr. Marie Baum Fräulein Elisabeth Münzinger aus Zabern im Elsaß probeweise angestellt worden. Fräulein Münzinger hat Naturwissenschaft und Nationalökonomie studiert und ist mit den süddeutschen Industrieverhältnissen vertraut.

**Ueber das Verhalten der Arbeitgeber zu den Assistentinnen der Fabrikinspektion in Württemberg** berichten die letzteren wie folgt:

„Fälle, in denen Betriebsinhaber sich durch das Erscheinen der Beamtinnen unangenehm berührt zeigten, kamen nur da vor, wo Gesetzesübertretungen vorlagen. So bemerkte zum Beispiel eine der Assistentinnen bei der Revision von zwei mechanischen Buntwebereien und einer Korsettfabrik, daß ihr Kommen den Inhabern recht unerwünscht

war; die Befragung der Arbeiterinnen ergab denn auch, daß ein Teil derselben schon seit längerer Zeit ohne Erlaubnis täglich zwölf Stunden beschäftigt wurde. In einigen anderen Fabriken, in denen die Betriebsleiter bei der Ankunft der Beamtin ein gewisses Mißbehagen nicht verhehlen konnten, wurden Verfehlungen gegen die gesetzlichen Vorschriften betreffend die Pausen der jugendlichen Arbeiter und betreffend den Samstagabendbeschluß der Arbeiterinnen erhoben. Ebenso wurde in Konfektionswerkstätten seitens der Inhaber zuweilen eine gewisse Vereiztheit zur Schau getragen; der Grund lag, wie die Revision erwies, auch hier in der bewußten Nichtbeachtung gesetzlicher Vorschriften.“

### Fürsorge für Mutter und Kind.

**Die Errichtung einer Säuglingsfürsorgestelle in Halle a. S.** beschloß vor einiger Zeit das dortige Stadtverordnetenkollegium. Es wurde ein Vertrag mit der Universitätsverwaltung abgeschlossen und in den Etat alljährlich der Betrag von 3000 Mk. zu dem genannten Zwecke eingesezt. Nach dem Vertrag übernimmt die Universitätsverwaltung die Verpflichtung, in Verbindung mit ihrer Poliklinik eine Stelle einzurichten und zu unterhalten, die allen Müttern im Stadtkreise Halle a. S. Gelegenheit geben wird, sich durch spezialistisch ausgebildete Kinderärzte unentgeltlich Rat über die Ernährung und Behandlung ihrer Kinder im ersten Lebensjahre zu holen. Die Einrichtung wird die Bezeichnung „Städtische Säuglingsfürsorgestelle“ führen und unter der Leitung des Direktors der Kinderpoliklinik stehen. Die Stadtgemeinde zahlt zur Einrichtung und Unterhaltung der Säuglingsfürsorgestelle an die Universität in jedem Jahre 1800 Mk.

### Fürsorgeerziehung in einem Kulturstaat.

Der Artikel „Fürsorgeerziehung in einem Kulturstaat“ in Nummer 8 der „Gleichheit“ hat das Mißfallen der „Neuen Augsburger Zeitung“ erregt. Das ist nichts Auffallendes. Am den bürgerlichen Blättern Zustimmung abzurufen, dazu war der Artikel nicht geschrieben. Er geißelte die unpädagogischen barbarischen Methoden, welche in den preussischen Fürsorgeerziehungsanstalten gang und gäbe sind. Die „Neue Augsburger Zeitung“ fällt mit folgenden Auslassungen über den Artikel her: „Die genannte Zeitschrift („Gleichheit“) veröffentlicht beispielsweise einen Brief, in welchem dargelegt wird, wie in einer christlichen Anstalt die jungen Menschen zugerichtet werden. Dieser Brief mit seinem R. und M. und S. usw. würde, wenn er den Stempel der Wahrheit in sich tragen würde, sicherlich abschreckend wirken. Aber warum wird nicht deutlich gesprochen? Kann die Geschichte vielleicht doch nicht das Licht der Öffentlichkeit vertragen?“ ... Das Blatt fragt ganz naiv, warum nicht der Name der Anstalt genannt wird. Jeder Einsichtsvolle weiß, warum wir die Neugierde des christlichen Organs nicht befriedigen können. Wir würden damit nur dem jungen Menschen schwer schaden, der schon in so bitterer Weise das System der preussischen Fürsorgeerziehung an seinem Leibe gekostet hat. Die Zeitung meint selbst, der Brief sei geeignet, abschreckend zu wirken, „wenn er den Stempel der Wahrheit in sich tragen würde.“ Sie bezweifelt also die Glaubwürdigkeit. Die sozialdemokratische Presse hat aber gar nicht nötig, solche Briefe zu erfinden. Jeder, der im öffentlichen Leben steht, jeder Unglückliche, der Fürsorgeerziehung des preussischen Staates genossen hat, jede Mutter, der man ein Kind fortgenommen und in die Zwangserziehungsanstalten gesteckt hat: sie alle, alle wissen, daß die Zöglinge, die einer preussischen Fürsorgeerziehungsanstalt den Rücken gekehrt haben und zwangsweise wieder zurückgeschleppt werden, von den christlichen Hausvätern fürchterliche Prügel erhalten. Das ist Vorschrift, und wenn das die „Neue Augsburger Zeitung“ nicht glauben will, so mag sie sich einmal gefälligst bei der Leitung einer solchen Anstalt erkundigen. Sie wird dann unsere Angaben bestätigt erhalten.

Das bürgerliche Blatt schreibt zur Sache noch: „Es wird weiter hingewiesen auf den Leiter einer Mädchenzwangserziehungsanstalt, Herrn Pfarrer Braun in Augsburg!!! Doch sonderbar, denn wir kennen hier weder eine solche Anstalt, noch einen solchen Pfarrer. Aber der „Gleichheit“ scheint es einerlei zu sein, wie und was geschrieben ist; die Hauptsache ist, daß die Kost gut zu weiterem Appetit reizt.“

Auch durch diese Sätze beweist das Blatt seine übergroße Flüchtigkeit oder seinen bösen Willen. Auf den ersten Blick war zu erkennen, daß hier der Druckfehler Teufel seine Hand im Spiele gehabt hat. Es ist ihm eingefallen, aus dem preussischen Angerburg das bayerische Augsburg zu machen. Wer den Artikel „Fürsorgeerziehung in einem Kulturstaat“ gelesen hat, wird sicher den Druckfehler bemerkt haben, der bereits berichtigt worden ist. Es heißt, daß der Pfarrer Braun an die Königsberger „Volkzeitung“, die bekanntlich in Ostpreußen erscheint, einen Brief gerichtet habe. Es wird weiter hervorgehoben, daß der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen angeordnet habe, Mädchen, die der Anstalt entlaufen, auf das Gefäß mit einem Stock zu prügeln. Wie sollte wohl ein Pfarrer aus Bayern dazu kommen, der in Ostpreußen erscheinenden sozialdemokratischen Zeitung mitzuteilen, was der Landeshauptmann von Ostpreußen angeordnet hat. Herr Pfarrer Braun in Angerburg in Ostpreußen kann diese Angaben bestätigen. Wenn es dem Augsburger Blatt mehr um die genaue Feststellung der Tatsachen als um die Verdächtigung eines sozialdemokratischen Blattes zu tun gewesen wäre, so hätte es sich die Anrempelung des Artikels sparen können.

## Regerblut.

Von W. G. Conrad.

Schäum auf zu roter Sturmesflut,  
Du herrliches, deutsches Regerblut,  
Du unsrer Urväter Gewissen!  
O rinn nicht länger in enger Haft,  
Du dreimal heiliger Gotteslast,  
Des Blühens sei beflissen!

Sprüh hin in Bogen von Gau zu Gau,  
Mit pupurnem Segen erfülle die Au  
Unsrer alten Heimaterde!  
In dir ruht das Heil, in dir quillt die Kraft,  
In dir die zeugende Leidenschaft,  
Des Schöpfers heiliges „Werde!“

## Rote Ostern.

Historisches Gemälde aus dem Bauernkriege.

Von Robert Schweichel.

(Fortsetzung.)

Rohrbach, der letzte Sprosse eines alten, im Laufe der Zeit heruntergekommenen reichsfreien Geschlechts, ritt auf einem schwarzen Pferde, das er in Lichtenstern erbeutet hatte, und viele Prozeffionsfahnen aus diesem Kloster schwannten über dem Haufer. Neben dem Führer schritt an einem weißen Steden eine große hagere Frau; sie mochte vierzig bis fünfzig Jahre alt sein, und aus ihrem dunkelbraunen Gesicht glühten schwarze, fanatische Augen. Das war die Freundin Jäckleins, die Schwarze Hofmännin aus Böckingen. Das Landvolf schrieb ihr geheimes Wissen zu und blickte mit Scheu und Ehrfurcht auf sie. Die schöne Gräfin von Helfenstein sah sie gebeugtes Hauptes dahinschreiten; aber keine Ahnung sagte ihr, wie fürchterlich die Frau ihr eines Tages gegenüberstehen sollte. Ihre blühenden Lippen träufelte ein verächtliches Lächeln über die untrügerische Haltung und Ordnungslosigkeit, in der Jäcklein Rohrbachs Haufer vorüberzog. Viele hatten aus Bequemlichkeit ihre Waffen auf die Wagen geworfen, welche die Klosterbeute nachführten. Es war eher eine lustige Kirrnesfahrt als ein Kriegszug. Anders das Fähnlein, welches nach kurzer Pause folgte, und die Augen der Gräfin bligten zornig auf. Es marschierten in geschlossenen Gliedern etwa fünfzehn Musketiere in kleinem Abstand voraus. Die ersten Glieder trugen 16 bis 18 Fuß lange Piken, ein kurzes Schwert an der Seite und zwei Nabschloßpistolen im Gürtel; dann folgte eine Rotte von fünfzig Mann mit großen zweihändigen Schlachtschwertern auf der Schulter. Die übrigen, wohl an die zweihundert Mann, waren mit Feuerrohren bewaffnet. Die Panzer und Sturmhäuben des ganzen Fähnleins waren schwarz und schwarz sein Banner. Das war die „Schwarze Schar“, die Florian Geyer aus ehemaligen Banzknechten und den kräftigsten, kriegsgeübten Bauern der Rothenburger Landwehr gebildet hatte. Daß ein Edelmann von seinem Stande abfallen und den aufrehrerischen Bauern sich anschließen konnte, das war es, was den Zorn der Kaiserstochter aufregte. Florian Geyer, dessen Ahnen schon in hohen Ehren an dem Kaiserhof der Hohenstaufen geblüht hatten, hatte seine Rittersporen abgeschafft und sich der Sache des Volkes geweiht, für die sein Herz schon lange warm schlug.

Der militärische Geist Florian Geyers hatte offenbar auch auf das „evangelische Heer“, das unmittelbar auf die „Schwarze Schar“ folgte, Einfluß ausgeübt. Frau Margarete hatte zu häufig kriegerische Schauspiele und Aufzüge gesehen, um nicht sofort den Unterschied zu bemerken, der zwischen der Haltung dieses Heeres, dessen Fahne von Seide, gelb, braun und grün gestreift war, und der von Jäcklein Rohrbachs Haufer herrschte. Das „evangelische Heer“ war in vier Fähnlein geteilt und jedes Fähnlein in Rotten. Es mochte wohl 8000 Mann stark sein, und davon waren gegen 3000 mit Handbüchsen versehen; die übrigen waren mit Piken, Hellebarben, Sensen, Schwertern, Morgensternen, manche auch nur mit Dreckslegeln bewaffnet.

Was war es, das plötzlich die Augen der Gräfin blendete? Ein Sonnenstrahl hatte den Ring an ihrer weißen Hand getroffen, und die blutroten Edelsteine bligten auf. Sag darin eine Mahnung, so war sie vergebens. Wohl erfüllte die gewaltige Macht, die im sonnenvergoldeten Staube vorüberstoste, die Brust der schönen Frau mit Vellommenheit, aber sie dachte nicht daran, daß Christi Blut das Siegel seiner Lehre an die Armen und Enterbten gewesen war; daß diese in seinem Namen ihre Freiheit forderten.

Hatten die Bauern sich in den zwölf Artikeln, welche ihre Beschwerden und Forderungen enthielten, von allem abzustehen erboten, was im Widerspruch mit der heiligen Schrift stände, so luden sie nun in ihrem nach Weinsberg geschickten Briefe die Bürgerschaft samt ihrem Obervoigt und sein adeliges Gefolge ein, sich ihnen anzuschließen „in brüderlicher Liebe“, um „dem Worte Gottes und der

Lehre Pauli Beistand und Folge zu tun und das Übel zu strafen und auszureuten unter Geistlichen und Weltlichen, Edeln und Unedeln“.

Graf Ludwig von Helfenstein fand in dem Rathhauseaal schredensbleiche Gesichter. Das gewaltige Heer hatte alle mit Furcht erfüllt, und es schlug den Räten das Gewissen, indem sie gedachten, wie ihr Regiment für den kleinen Bürger nicht immer das sanfteste gewesen war. Der Obervoigt erhob jedoch wieder den Mut der verzagten „Väter der Stadt“. Die Hilfe, welche ihm die Regierung in Stuttgart versprochen hatte, würde unter keinen Umständen ausbleiben, ja sie müßte jeden Augenblick eintreffen. Inzwischen sollte man sich der Forderung der Bauern geneigt zeigen und Unterhandlungen anknüpfen, denn Zeit gewonnen hieß in ihrer Lage alles gewonnen. Demgemäß verfaßte der Ratschreiber die Antwort, worin um eine geziemende Zeit gebeten wurde, das Ansuchen der Bauern reiflich zu erwägen. Kaum war aber das Schreiben abgegangen, als Graf Ludwig seine Ritter und Reifige sich wappnen und zu Pferde steigen hieß, und sobald der helle Haufer vorübergezogen war, fiel er durch das Untertor bei dem Siechenhause auf den Troß und die Nachzügler. Da ward erstochen und erschlagen, was man erreichen konnte; Pardon durfte nicht gegeben werden. Den ganzen Tag hielt der Graf im Rücken des Heeres und färbte die Landstraße mit Bauernblut.

Der Zug des Bauernheeres ging auf Neckarfulm. Die Bürger des Städtchens empfingen die Bauern mit offenen Armen, und das Ordenshaus der Deutschherren war bald erobert. Die wenigen Ritter ließ man ungefährdet nach Mergentheim, der Residenz des Deutschordensmeisters, entrinnen. Reich waren die erbeuteten Vorräte, und es ging fröhlich her in dem Städtchen, wo die Bürger mit ihren Befreiern zechten, und draußen auf der Wiese. Da brachten verwundete Nachzügler die Kunde von dem Überfall des Grafen von Helfenstein, und durch das Lager auf der Wiese und durch die Straßen des Städtchens erscholl der Ruf: Verrat! Verrat! Zugleich kam Botschaft von der Donau, wie der Truchseß Georg von Waldburg fenge und brenne und gegen die gefangenen Bauern blutig verfare; von dem Blutbade, das er die Donau hinauf unter ihren Brüdern angerichtet habe, und von der Hinrichtung des edlen Pfarrers Jakob Behn und vieler anderer, die zu den armen Leuten gestanden, zu Leipzig. Siebentaufend Bauern sollte der Heerführer des Schwäbischen Bundes bei Wurzach hingeschlachtet haben. Diese Zahl war sehr übertrieben, absichtlich von den Herren übertrieben worden, welche durch Verbreitung solcher Gerüchte die Bauern einzuschüchtern hofften. Gerade das Gegenteil erfolgte. Die Bauern wurden zur Wut entflammt, und ihre Hauptleute und Räte sannan auf Repressalien. Sie hatten sich zu einem gerechten Krieg gegen ihre Herren erhoben und forderten, daß sie nach dem üblichen Kriegsrecht behandelt würden. Weigerten sich die Herren dessen, so müßten sie dazu gezwungen werden. Das Blut Jakob Behns und seiner Freunde, welche der Truchseß wie gemeine Verbrecher hatte harrichten lassen, sowie das heimtückische Morden des Grafen von Helfenstein mußten vergolten werden, und noch an demselben Abend ging an den Bürgermeister von Weinsberg und dessen Obervoigt ein Ultimatum ab. Diese Nacht kam wenig Schlaf über das Lager. Die Aufregung der Bauern war gar zu groß; jeder fühlte, daß es nun Ernst war. Ein Draußen und Losen erfüllte die Nacht.

Abwärts dem Lager, an dem Ufer der Sulm, saß einsam die Schwarze Hofmännin. Niemand störte sie; denn jeder wußte, daß wenn sie in Sinnen verunken war, sie Zwiesprach hielt mit den geheimen Mächten, über die sie zum Wohl der Bauern gebot. Ihre Vorgeschichte war unbekannt; aber sie mußte Schweres erduldet haben, denn in ihrer Brust loderte ein furchtbarer Haß gegen die Herren. Diesen Haß hatte sie schon lange, bevor der Aufstand losbrach, als eine Brandsackel von Hütte zu Hütte getragen. Sie haßte, wie nur ein Weib zu haßen vermag, ein Weib von starker Seele, das in seinen heiligsten Empfindungen tödlich getroffen ist. Ihre wilde Beredsamkeit war unwiderstehlich, und ihr starkes Vertrauen, daß Gott die Freiheit des armen Mannes wolle, verlieh auch den Zaghaften Mut.

Mit Jäcklein Rohrbachs Haufer war sie von Sontheim ausgezogen. Da hatte man das schwarze Weib der bewaffneten Schar vorausziehen sehen. So war sie, einen langen weißen Stab in der Hand, an ihrer Spitze auf Öhringen, der Residenz des Grafen von Hohenlohe, nach Schöntal, dem reichen Zisterzienserkloster, welches von dem hellen Haufer geplündert und verbrannt wurde, und wieder nach Lichtenstern gegangen. Sie hatte die Bauern oftmals getröstet, sie sollten nur fröhlich und led sein und gutes Mutes ziehen; sie hatte sie gesegnet, daß ihnen weder Spieß noch Hellebarde, noch Büchse zukönten.

Ein Anruf störte sie aus ihrem Sinnen auf. Ein Mann stand vor ihr, barhäuptig und im zerrissenen Wams. Es war Semmelhans, welcher glücklich aus

seinem Gefängnis auf der Weibertreu entflohen war. Kurzatmig vom eiligen Gange erkundigte er sich, wo er den Bauernrat Dionysius Schmid von Schwabbach wohl fände; er brachte eine wichtige Nachricht.

„Und was bringst du?“ fragte die Hofmännin.  
„Dir kann ich's schon sagen, denn dich kenne ich,“ versetzte er und teilte ihr mit, daß auf dem Weinsberger Schlosse nicht mehr als acht reifige Knechte lägen, und daß er eine Stelle wüßte, wo das Schloß leicht zu stürmen wäre.

Da erhob sie sich langsam, schritt ihm voraus und trat mit ihm in das Haus, wo, wie sie wußte, die Hauptleute noch im Kriegsrat versammelt waren. Semmelhans wiederholte seine Mitteilung, die freudig aufgenommen wurde. Wendel Hippler erinnerte jedoch daran, daß man dem Grafen von Helfenstein bis Sonnabendmittag eine letzte Frist gestellt, ob er samt der Stadt zu dem Bunde schwören wollte oder nicht; so lange müßte man warten. Käme bis dahin keine Antwort, oder verweigerte der Graf das Bündnis, so möchte man in Gottes Namen Schloß und Stadt mit Gewalt zwingen.

Mit Widerstreben beschloß man zu warten. Die Schwarze Hofmännin aber sagte mit blühenden Augen: „Bringet einen Wolf auf wie einen Hund, er bleibt doch ein Wolf und erwürgt euch, wenn ihr ihn nicht erschlagt. Der Wolf wird euch die Zähne schon weisen.“

Und er wies sie. Trostlos und verächtlich wies der Graf in seiner Antwort jede Gemeinschaft mit den Bauern zurück. Zugleich drohte er den Hinterlassen seines Amtes, wenn sie sich von den Rebellen nicht lossagten und heimzögen, so wolle er ihnen ihre Weiber und Kinder nachschicken und ihre Dörfer verbrennen. Als diese Drohung dem Weinsberger Fähnlein, welches sein Lager unter den Weiden hatte, bekannt gegeben wurde, schrien die Bauern, man sollte sie heimziehen lassen, oder ihnen Frieden machen.

„Ja, ziehet nur heim,“ zürnte Jäcklein Rohrbach. „Ihr kennt ja die Gnade, die ihr von dem Grafen zu erwarten habt. Und was es nicht ein lustig Leben unter den Herren? War's nicht ein sanftes Joch, das ihr trugt? Ihr bautet ihre Acker, derweil die eurigen verlamen. Sie tranken euren Wein und aßen euer Brot; Wasser und Kleie waren gut genug für euch. Und es war eine hohe Ehre für euch, daß sie eure Töchter umarmten und euren Toten das Beste nahmen. Gehet nur hin und leckt dem Herrn Grafen den Staub von den Stiefeln; die Gnade von Leipzig und Wurzach ist euch gewiß!“

Da erhob sich die Schwarze Hofmännin unter ihnen und sprach: „Selbst sollt ihr euren Frieden mit dem Grafen machen. Euer Frieden erblüht aus dem Blut unsrer Brüder, das er in den Staub gesät hat. Ich hab' diese Nacht einen Traum gehabt. Gedacht hab' ich an all die Not und den Jammer, die wir gelitten haben von Kindesbeinen an; gedacht hab' ich an all die salzigen Tränen, die wir geweint haben in unserer Verzweiflung, bis mir der Schlaf das herzbrechende Weh von der Seel' genommen. Da sah ich, wie aus dem Blut unsrer Brüder Rosen aufwuchsen, und sie wuchsen höher und höher, bis sie den Berg und die Burg des Grafen ganz überzogen hatten. Rot war alles von Rosen, und ihr wisset, was das bedeutet. Hei, sind eure Schwertter und Sensen nicht scharf? Die blühenden Rosen, die werdet ihr schneiden, Gott will es!“

Die Weinsberger jubelten ihr zu, sie gedachten nicht mehr daran, heimzuziehen, sondern begannen eifrig ihre Waffen in stand zu setzen. Die Schwarze Hofmännin ging weiter von Lager zu Lager, und ihr Ruf war: Nach Weinsberg! Nach Weinsberg! Nun sei es an der Zeit, daß sie die Scheiden ihrer Schwertter wegwürfen; denn den schlimmsten Verrat übten sie selber an sich: daß sei ihre Milde und Langmut. Die Raubtiere; die so lange ihre Zähne gierig in ihr Fleisch geschlagen hätten, müßten alle erwürgt und erstochen werden. Ihre Worte fielen zündend in die tief erschütterten Gemüter.

Unterdessen hatte der Graf von Helfenstein die gesamte Bürgerschaft von Weinsberg auf dem Markte versammeln lassen. Als er von seinem Ausfall auf den Nachtrab der Bauern zurückgekehrt, hatten ihn die Bürger keineswegs mit fröhlichen Mienen empfangen. Der Rat und die wohlhabenden Bürger zitterten vor den Folgen seiner treulosen Tat. Das machte denjenigen, welche es heimlich mit den Bauern hielten, Mut, offener hervorzutreten. Um diesen Geist des Aufsturus zu ersticken, hatte der Graf die Bürgerschaft auf den Markt beschieden. Er redete nachdrücklich, weisagte ihr, statt Befreiung durch die Bauern, Totschlag und Plünderung, wenn sie von ihrer gelobten Treue gegen die Obrigkeit abfielen, und wies abermals auf die Hilfe von Stuttgart hin, weshalb man, wenn nur jeder seine Pflicht täte, den Bauern einen Widerstand würde tun können.

(Fortf. folgt.)